

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Februar 2000 Nummer 220
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern

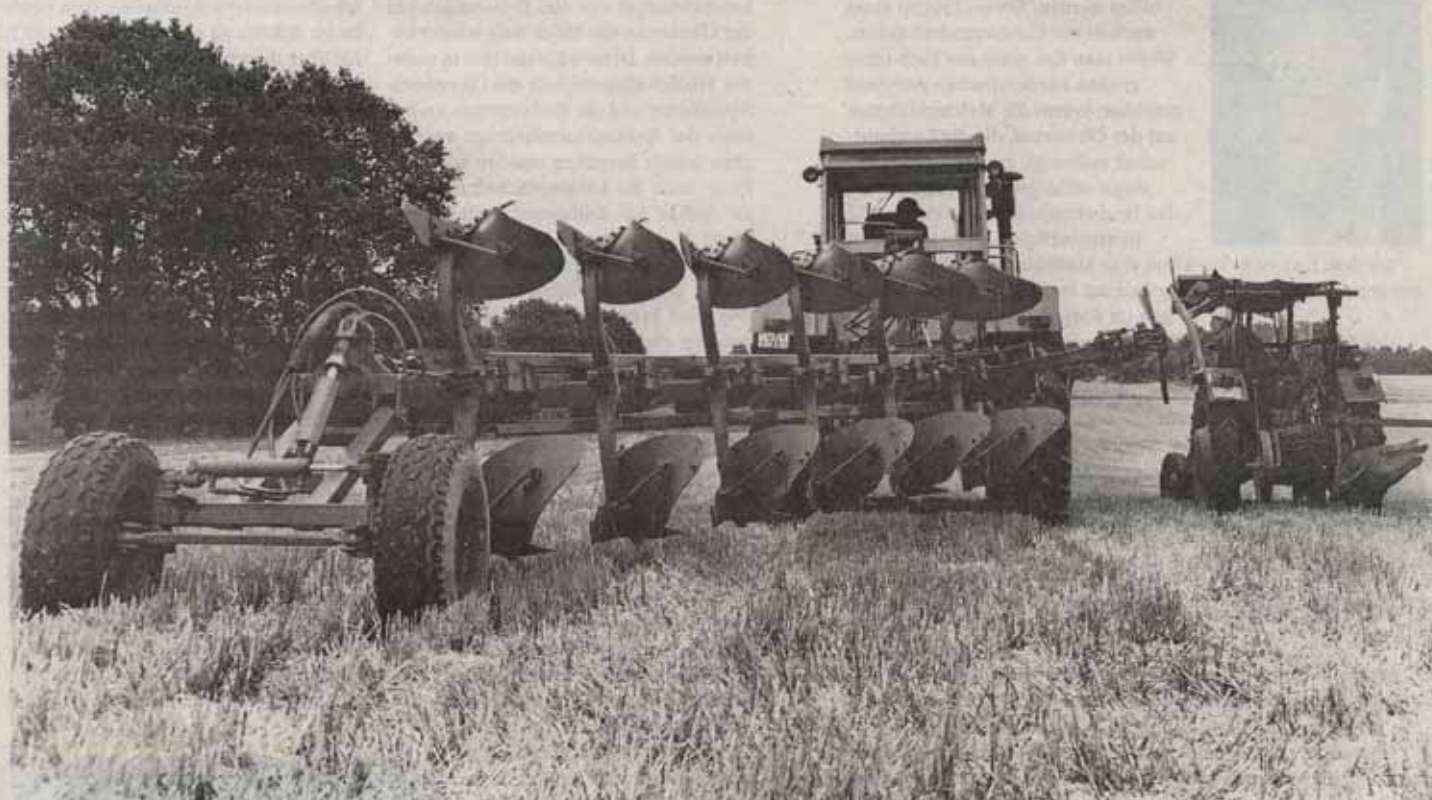


Foto: W. Eisenberg

Schwerpunkt

Wohin geht der Ökolandbau?

Der Ökologische Landbau steht an einer Wegegabelung. Lief bisher alles in überschaubaren Bahnen, so verliert man mittlerweile den Überblick angesichts der Dynamik in den Biomärkten. Alle reden vom Durchbruch, auf den so lange gewartet wurde. Jetzt steht er bevor, und Bauern und Bäuerinnen fragen sich langsam, was denn sie von diesem Durchbruch haben. Während dessen predigen Wissenschaftler die 7.000-Liter-Bio-Kuh, billigere Preise und rationellere Produktion. Kontroverse Positionen, Lobhymnen auf die Globalisierung, der Bericht eines Biolandbau-Pioniers, Gedanken von Ökolandbau-Studenten und noch mehr auf den Seiten 11 – 14

Politik

Mit Agrardiesel Rolle rückwärts

Die Regierungsfractionen wollen einen neuen „Agrardiesel“ einführen. Damit soll die Überbelastung der Landwirtschaft aus der Ökosteuer zurückgeschraubt werden. Ursprünglich war vorgesehen, bei den Sozialausgaben zu entlasten. Das hätte Betriebe mit geringen Einkommen weit mehr entlastet. Seite 2

Klage gegen Sonnleitner

Der Landvolkverband Sachsen-Anhalt hat gegen DBV-Präsidenten Sonnleitner eine Klage wegen Untreue eingereicht. Er hat entgegen vorheriger Abmachungen eigenmächtig Geld aus dem Hilfsfonds Ost ausgezahlt. Mittlerweile hat er die Gelder stillgelegt und Minister Funke ist nun am Zug. Seite 6

Bewegung

Offensive auf nachhaltig

Interessensverbände der Agrochemie und der Fleischbranche haben die „Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft“ gegründet. Auf der Grünen Woche stellten sie ihre Ziele vor und präsentierten im „Erlebnisbauernhof“ eine Realität von Landwirtschaft. Seite 3

Saatgut-Treuhand immer dreister

Die im Auftrag der Pflanzenzuchtunternehmen agierende Saatgut-Treuhand wird immer dreister und versucht, mit Lügen an Adressen von Bauern zu kommen. Daneben zieht sie weiterhin gegen Bauern vor Gericht. In einem Prozess am Düsseldorfer Landgericht scheinen die Richter ihrer Argumentation nicht ganz folgen zu wollen. Seiten 4 – 5

Die politischen Beobachter der Grünen Woche in Berlin erlebten nach dem monatelangen Streit um die Gasölbeihilfe und das Sparpaket überraschend einen Schulterchluss zwischen Minister Funke und DBV-Präsident Sonnleitner. Wenn es darum geht, die Kleinbetriebe zu benachteiligen und bessere Konditionen für Großbetriebe herauszuholen, herrscht Einigkeit, wo gestern noch vollmundige Drohgebärden durch den Blätterwald rauschten.

Doch Funkes und Sonnleitners Einigkeit darüber, Einnahmen aus der landwirtschaftlichen Ökosteuer für die Einführung eines Agrardiesels zu verwenden, ist im doppelten Sinne falsch.

In der Logik der Ökosteuer soll Energie schrittweise verteuert

und mit den Einnahmen die Lohnnebenkosten gesenkt, also Arbeit verbilligt werden. Dieses Prinzip muss auch in der Landwirtschaft gelten. Wollte man das, wäre das auch ohne großen bürokratischen Aufwand machbar, indem die Mehreinnahmen aus der Ökosteuer, die die Landwirtschaft aufbringt, zur Minderung der jüngst vollzogenen Kürzungen bei den landwirtschaftlichen Sozial- und Rentenversicherungen eingesetzt

werden. Das wäre vor allem eine Maßnahme für die Betriebe mit geringen Einkommen, weil sie am meisten von den Kürzungen im Sozialbereich betroffen sind.

Doch davon will der DBV nichts wissen und hat lange genug auf Funke eingeredet. Jetzt wollen beide den Agrardiesel. Von dem aber profitieren wieder die am meisten, denen schon die Ausnahmen bei der Ökosteuer dienen: die viel Energie verbrauchen, weite Wege auf der Straße zurücklegen, ihre Ställe mit

Heizöl oder Gas heizen, statt die Tiere auf Stroh zu halten... Mit ökologischem Steuern hat das wenig zu tun.

Die Verwendung der Ökosteuer-

nahmen für den „Agrardiesel“ ist zudem auch deshalb grundfalsch, weil es der Öffentlichkeit suggeriert, dass die Landwirtschaft eine Sonderrolle bei der Besteuerung behält. Dem ist aber nicht so. Der landwirtschaftliche Dieselverbrauch dient zum überwiegenden Teil der Primärproduktion auf dem Feld, ist also dem produzierenden Gewerbe gleichzustellen und nicht dem Transportsektor. Die produzierende Industrie zahlt für ihren Energieverbrauch jedoch weit weniger als die Landwirtschaft. Auf Schweröl wird kaum Mineralölsteuer erhoben, bei leichtem Heizöl beträgt die Steuerlast ganze 12 Pfennig. Beim Agrardiesel wird derzeit über einen Mineralölsteuersatz von über 40 Pfennig diskutiert (statt 74 Pfennig im Straßenverkehr).

Die Wettbewerbsverzerrung zum übrigen produzierenden Bereich bliebe also erhalten, zumal die zukünftigen Ökosteuer-Erhöhungen beim Agrardiesel voll greifen sollen, bei der Industrie aber nicht.

Die Industrie würde der Regierung was husten, wenn sie wie an der Tankstelle besteuert würde. Um es unmissverständlich zu sagen: Die Ökosteuer muss für alle gelten, die Entlastung im sozialen Bereich aber auch. Wenn Funke und Sonnleitner den Agrardiesel als große Errungenschaft für die Landwirtschaft feiern, dann auch deshalb, weil mit der Einführung des Agrardiesels die gerade erst beschlossene Kappung der heute geltenden Mineralölsteuer-Rückvergütung (Dieselbeihilfe) bei einer Obergrenze von 3.000 Mark pro Betrieb wieder fallen wird. Freuen dürfen sich die schon erwähnten Betriebe mit hohem Kraftstoffverbrauch. Und so dient auch der Agrardiesel als Antrieb zum Strukturwandel. Es treibt in die falsche Richtung.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vorsitzender der Abl.



KOMMENTAR

Agrardiesel: Falscher Antrieb

Nicht Entlastung der Sozialkassen, sondern Agrardiesel

Minister Funke will aus Ökosteuer-Einnahmen einen neuen Agrardiesel finanzieren

Mitte Januar war es soweit. Mitglieder der Regierungsfractionen und Minister Karl-Heinz Funke gaben öffentlich bekannt, dass sie einen neuen „Agrardiesel“ einführen wollen. Damit soll die Landwirtschaft von den Belastungen aus der Ökosteuer ein Stück weit wieder befreit werden. Denn während sich in anderen Wirtschaftsbereichen die Ökosteuer-Einnahmen und die Entlastungen im Bereich der Rentenkassenbeiträge ausgleichen (einige Branchen machen sogar ein Plus), zahlt die Landwirtschaft mehr als ihr bisher an Entlastung zugestanden wird.

Das soll sich nun durch die Einführung eines so genannten Agrardiesels ändern. Das wird kein neuer Treibstoff werden, sondern ein spezieller Mineralölsteuersatz auf in der Landwirtschaft eingesetzten Fahrdiesel. Wie hoch dieser Steuersatz liegen wird, ist noch nicht geklärt, weil über die Gesamtsumme der Entlastung regierungintern noch gestritten wird.

Die Mehrbelastung der Landwirtschaft nach der vierten Stufe der Ökosteuer (Anfang 2002) wird (ohne Agrardiesel) auf 900 Millionen DM pro Jahr geschätzt. Minister Funke hat jedoch davor gewarnt zu glauben, dass diese Mehrbelastung in voller Höhe wieder zurück zur Landwirtschaft fließen wird. Aus dem Landwirtschaftsministerium ist von einem harten Kampf mit dem Bundesfinanzministerium zu hören. Während die einen bei einem Steuersatz von rund 40 Pfennig landen wollen, nennen die anderen eine Schallgrenze von 50 Pfennig.

Was fällt:

Der „Agrardiesel“ soll die bisherige „Gasölbeihilfe“ ablösen, bei der die Landwirte einen Teil der von ihnen gezahlten Mineralölsteuer auf Diesel zurückerstattet bekommen haben. Wie genau aber das Abrechnungsmodell beim Agrardiesel aussehen soll, ist noch offen.

Vom Tisch ist damit nun auch eine Regelung, die die Bundesregierung gerade erst beschlossen hatte. Und zwar sollte zum einen der Rückerstattungssatz der Gasölbeihilfe in Schritten gesenkt werden. Zum anderen sollte die Summe der Rückerstattung pro Betrieb und Jahr auf 3.000 DM begrenzt werden. Während die

Senkung der Gasölbeihilfe in der gesamten Landwirtschaft Empörung auslöste, wurde die Obergrenze hauptsächlich aus den ostdeutschen Ländern heftig kritisiert. Berechnungen des Bundeslandwirtschaftsministeriums ergaben, dass Betriebe im Schnitt ab einer Größe von 93 ha LF über diesen Sockelbetrag gekommen wären und Einbußen hätten hinnehmen müssen.

Als sich die rot-grüne Koalition im November letzten Jahres darauf einigte, bis zum 15. Februar einen Vorschlag vorzulegen, wie die Landwirtschaft von den Mehrbelastungen, die aus der Ökosteuer resultieren, entlastet wird, da gingen die Äußerungen noch dahin, dass die Entlastung analog zum Vorgehen in anderen Wirtschaftsbereichen bei den Lohnnebenkosten ansetzen solle. Erwartet worden war damals folgerichtig ein Vorschlag, der die Kürzungen im Agrarsozialhaushalt des Bundes zurückfahren würde. Davon ist nun allerdings nur noch sehr wenig zu hören. Und für die Spitze des Deutschen Bauernverbandes hat die Einführung des Agrardiesels nach eigenen Aussagen „oberste Priorität“, nachdem ihre bisherige Forderung, in der Landwirtschaft Heizöl fahren zu dürfen, bei der Regierung keinerlei Chance hatte. Die Entlastungen im Sozialbereich stehen für den DBV an unterster Stelle. bi



Chemie und Fleisch wollen „Nachhaltigkeit“ besetzen

Mit einem „Erlebnisbauernhof“ startet die aus einer Fusion entstandene „Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft“ (FNL) ihre Arbeit

Kritische Stimmen in der Gesellschaft und in den Medien werden von ihr noch viel Gegenwind bekommen. Am ersten Tag der Grünen Woche in Berlin haben sich die von der Chemieindustrie dominierte FIP (Fördergemeinschaft Integrierter Pflanzenbau) und die 1994 von der Schlacht- und Fleischbranche gegründete „Aktionsgemeinschaft Deutsches Fleisch“ (AGF) zusammengeschlossen.

In dem Zusammenschluss sollen die Kräfte zur Information der Öffentlichkeit über die Landwirtschaft effektiviert, vor allem aber auf das ausgerichtet werden, was in der gesellschaftlichen Diskussion gut klingt. Der Name des Fusionswerkes lautet nicht umsonst „Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL)“.

Das erste Kind dieser FNL war der so genannte „Erlebnisbauernhof“ auf der Grünen Woche. Er bestand aus drei lebensgroßen Fachwerk-Scheunen mit gedecktem Spitzdach. Legt man die Standgebühren der Grünen Woche zugrunde, so muss dieser Hof mehr als eine halbe Million Mark gekostet haben. Bezahlt haben das neben der FNL die CMA (Marketinggesellschaft), der Deutsche Bauernverband (DBV) und die IMA, die noch eine Rolle spielen wird (Information Medien Agrar e.V.). Die IMA wird getragen vom Bauernverband, Genossenschaftsverbänden, Landhandelsverbänden sowie einem Landmaschinenverband. Ihre Aufgabe ist „Meinungspflege und Aufklärung“. Sie ist der nächste Kandidat, der bald zur FNL stoßen soll, so dass dann Chemie-, Fleisch-, Schlachtindustrie, Genossenschaften, Landhandel und Landwirtschaft gemeinsam die Aufklärung der Öffentlichkeit übernehmen.

Über die inhaltlichen Ziele der FNL berichtete in Berlin der Präsident des Industrieverbandes Agrar (v.a. chemische Industrie). Auszüge aus seiner Rede im Kasten unten

Die Ziele, die mit dem neuen „Erlebnisbauernhof“ verfolgt werden, stellte DBV-Präsident Gerd Sonnleitner dar: „Wir wollen eine neue Qualität der Darstellung in die Öffentlichkeit hineinbringen, nicht mehr auf Romantik abheben oder was früher war, sondern wie wir heute produzieren.“ Und weiter: „Wir müssen an die Realität, an die Wahrheit ran, weil wir sonst in der Öffentlichkeit immer wieder Glaubwürdigkeitsprobleme haben. Wir machen es mit diesem Erlebnisbauernhof.“ Die Träger des Hofes hätten sich das Ziel

gesteckt, „immer auch ein Stück emotionaler Qualität“ zu zeigen, die das Herz anspreche und beim Mitbürger Sympathie für die gesamte Landwirtschaft wecke.

Die Beispiele aus der Realität, die Sonnleitner aufführte, waren dann die über Satellit gesteuerte Spritze mit „global-position-system“ (GPS) und der Melkroboter. Was die Spaziergänger auf der Grünen Woche aber präsentiert bekamen, waren Schweine auf Stroh und mit Auslauf nach draußen, Kälber und Rinder auf Stroh, Hühner im Gehege mit viel Platz. Es gab auch eine Abferkelbucht mit Spalten in einer Scheune, aber selbstverständlich ohne Tier - darin würde es über die 10 Tage Ausstellung auch keine Sau aushalten. Mit der Realität von Landwirtschaft, die die Träger des „Erlebnisbauernhofes“ anstreben und nach allen Kräften fördern, hat das alles zu tun. Von den rund 42 Millionen in Deutschland gehaltenen Legehennen sitzen laut Bundesministerium knapp 90 % in Käfigen! Und Schweine zum Anfassen gibt es auf immer weniger Betrieben. In moderne Schweine- und



Landwirtschaft zum Anfassen als Realität verkauft. Erlebnisbauernhof in Berlin

Geflügelställe wird kein Mensch mehr reingelassen, weil die Anfälligkeit des Systems gegenüber Krankheitserregern so stark angewachsen ist, dass dieses Risiko kein „moderner“ Landwirt mehr eingeht. Er selbst durchquert jedesmal eine Hygieneschleuse. Doch über all das wird die neue FNL uns bald „objektiv“ informieren. Anfangs wird es leicht sein, dagegen zu halten. Doch die finanziellen Mittel,

die hinter der FNL stehen, werden auf Dauer Wirkung zeigen. DBV-Präsident Sonnleitner: „Das ist die geballte Macht der gesamten deutschen Landwirtschaft mit dem vor- und nachgelagerten Bereich.“ Der Geschäftsführer der FNL, Dr. Nieder, beschreibt worum es geht: „Definitionsmacht zurückgewinnen“.

uj

Ziele der neuen FNL

Ausführungen von Dr. Wulff, Präsident des Industrieverbandes Agrar e.V. auf der Grünen Woche:

Wir gehen „von der gemeinsamen Idee aus, dass das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Landwirtschaft nur dann gewonnen werden kann, wenn alle betroffenen Glieder in der Kette vom Landwirt und seinen Vorlieferanten über die Verarbeiter bis hin zu Lebensmittelhändlern ihre Arbeit und Handlungsweise im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung transparent machen.“

Natürlich gehört zur primären Aufgabenstellung der FNL auch, dass sie die Anwendung der bestmöglichen Produktionsmethoden, der integrierten pflanzlichen Erzeugung und der tierischen Veredlung, weiterhin fördert und kommuniziert. (...) Für mich gehört ebenfalls der Einsatz fortschrittlicher Produktionsmittel wie der chemische Pflanzenschutz und die Biotechnologie dazu, die die Umwelt entlasten und die Produktivität steigern können. (...)

Wir orientieren uns an den in der Agenda 21 festgelegten Grundsätzen,

dass ökonomische, ökologische und soziale Ziele mit gleichem Gewicht die Weiterentwicklung in der Landwirtschaft bestimmen müssen. Diese Form der Landwirtschaft, die hohe Erträge erzielt, gleichzeitig aber Rücksicht auf die natürlichen Lebensgrundlagen und die Menschen im ländlichen Raum nimmt, ist nicht nur in unserem Land notwendig, sondern vor allem für eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung einer wachsenden Weltbevölkerung unverzichtbar. Dies ist eine der größten Herausforderungen des gerade angebrochenen neuen Jahrhunderts.

Leider wird sie nur von einem kleinen Teil unserer Bevölkerung wahrgenommen. Möglichkeiten ihrer erfolgreichen Bewältigung z.B. durch den Einsatz moderner Produktionsmethoden und Technologien sogar häufig abgelehnt. Nutzen und Notwendigkeit einer modernen nachhaltigen Landwirtschaft müssen Politik und Gesellschaft wieder nahegebracht werden. (...)

Wir haben uns vorgenommen, den Begriff der nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft mit Inhalten und Fakten zu füllen und sie damit begreifbar zu machen, sowohl für alle landwirtschaftlichen Zielgruppen, wie auch für die gesamte Bevölkerung. Die Bevölkerung soll erkennen können, in welcher vielfältigen Weise nachhaltige Landwirtschaft praktiziert werden kann. Dazu gehören selbstverständlich sensible Bereiche wie der Einsatz von Biotechnologie, Pflanzenschutzmitteln, Düngemitteln, Futtermitteln, Bodenbearbeitungs- und Erntetechniken, Tierhaltungsformen und ökonomische Entwicklungen in ihrer Vielfalt anzusprechen und die Nutzen-Risikobetrachtungen zutreffend darzustellen. (...)

Ich möchte (...) die Unabhängigkeit der FNL von spezifischen Einzelinteressen und interessensgerichteten Weisungen ihrer Mitglieder betonen. Sie verfolgt auch keine wirtschaftlichen noch parteipolitischen Ziele.“



Rottaler Pferd im Mittelpunkt

Das Rottaler Pferd ist zur Gefährdeten Nutztierasse des Jahres 2000 gekürt worden. Erst kurz vor dem völligen Aus wurde es wiederentdeckt, meldet die Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen (GEH). In der niederbayerischen Heimat, dem Landstrich zwischen Inn und Donau, präsentieren sich heute die letzten 25 Stuten und Hengste dieses schweren Warmblutpferdes. Spezialisten wollen den Ursprung dieser Pferderasse bis in die Zeit der ungarischen Übergriffe im 10. Jahrhundert datieren. Die Glanzzeit mit mehreren Tausend Tieren lag jedoch einige hundert Jahre später, als nach den napoleonischen Kriegen die bayerische Armee mit Pferden aus der Landeszucht ausgestattet wurde. Das Pferd genoss nun oberste Priorität im bayerischen Königsreich. Das Zuchtgeschäft besorgten die Rottaler Bauern. Als in den 60er Jahren in Bayern versucht wurde, das Niveau der klassischen Pferdezuchten von Holstein und Hannover zu erreichen, wurde es um die angestammten Rösser still. Im Schatten norddeutscher Sportpferdenachzucht wurde das Rottaler Warmblutpferd schlichtweg vergessen. Nun könnte es eine kleine Renaissance erleben. Info: GEH, ☎ 05542-1864.

Portugal zieht Gen-Mais-Zulassung zurück

Portugal, das zur Zeit die EU-Präsidentschaft innehat, hat Ende Dezember überraschend die Zulassung für zwei Gen-Mais-Sorten zurückgezogen, die erst im Februar 1999 zugelassen worden waren. Es waren die einzigen zugelassenen gentechnisch veränderten Mais-Sorten in Portugal, die an der Maisanbaufläche im letzten Jahr 0,5 % ausmachten. Begründet wurde der Rückzug damit, dass nach wie vor nicht alle ökologischen Auswirkungen geklärt seien. Bei Vorlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse zu den offenen Fragen werde die Zulassung erneut geprüft. Neben Portugal haben in der EU derzeit Frankreich, Österreich und Luxemburg den Gen-Mais-Anbau verboten. Portugals Positionswechsel wird als Akt der Rückendeckung für die französische Regierung gewertet. Frankreich droht wegen seines im September 1998 erlassenen Verbots dreier Bt-Mais-Sorten die Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof, wenn nicht Lücken im Zulassungsverfahren nachgewiesen oder neue Erkenntnisse über negative Auswirkungen vorgelegt werden können. pm

Wassermann-Institut in Gefahr

Das Institut für Toxikologie am Klinikum der Christian-Albrechts-Universität Kiel soll nach Plänen der Universität aufgelöst werden. Das Institut ist bundesweit vor allem durch die Expertisen seines bisherigen Leiters, Prof. Dr. Otmar Wassermann, bekannt geworden. In einem öffentlichen Brief hat der Verein für unbelastete Nahrung e.V. nun Ministerpräsidentin Heide Simonis aufgefordert, sich für den Erhalt des Institutes einzusetzen. Das unabhängige, international renommierte Institut liefere seit 25 Jahren kritisch und unbestechlich wichtige wissenschaftliche Erkenntnisse und ziehe daraus immer wieder öffentlich die „notwendigen politischen Konsequenzen“. Es müsse deshalb nicht nur erhalten, sondern vielmehr gestärkt werden. pm

Öko-Gütezeichen-Liste im Internet

Was sagt mir welches Gütezeichen? Wer steht dahinter und welche Anforderungen an die Produktion sind damit verbunden? Die Verbraucher Initiative e.V. hat gerade eine Datenbank ins Internet gestellt, die Antworten auf diese und weitere Fragen zu einer Vielzahl von Zeichen und Siegeln enthält. Adresse: <http://www.label-online.de>

Ein Buch voller Anstöße

Jahrespressekonferenz des AgrarBündnis mit neuem Kritischen Agrarbericht

Ein grundlegender Denk- und Richtungswechsel in der Agrarpolitik sei nach dem Regierungswechsel im Herbst '98 ausgeblieben. Es fehle ein schlüssiges rot-grünes Konzept für eine Landwirtschaft, die den gesellschaftlichen Erwartungen nach Schaffung von Arbeitsplätzen, von umweltschonender Erzeugung und artgerechter Tierhaltung entspreche. Diese Bilanz zieht der Kritische Agrarbericht 2000, der alljährlich aus Anlass der Grünen Woche in Berlin vorgestellt wird. Das AgrarBündnis ist ein Dach von 20 Organisationen aus Landwirtschaft, Umwelt-, Tier- und Naturschutz sowie Verbraucher- und entwicklungspolitischen Verbänden.

„Neben diesem Versagen der Politik bilanziert der Agrarbericht jedoch auch, dass es Konzepte und Ideen für eine andere Landwirtschaft gibt, und diese in vielen Projekten und Initiativen auch umgesetzt werden“, so Friedrich von Homeyer vom AgrarBündnis-Vorstand.

Zum Schwerpunkt des Kritischen Agrarberichtes in diesem Jahr, der Welthand-

delsrunde der WTO (Welthandelsorganisation), führte Tobias Reichert von der BUKO-Agrarkoordination mit Blick auf die kürzlich gescheiterte WTO-Runde in Seattle aus: „Das Ziel der Nichtregierungsorganisationen aus aller Welt, eine umfassende Liberalisierungsrunde zu verhindern, ist zwar erreicht, allerdings sind wir mit dem Status quo alles andere als zufrieden.“ Bei der Reform müssten im Agrarbereich drei Aspekte im Vordergrund stehen: 1. Das uneingeschränkte Recht für die Entwicklungsländer, ihre Landwirtschaft mit dem Ziel der Ernährungssicherung zu unterstützen und ihre Märkte für Grundnahrungsmittel zu schützen. 2. Die Abschaffung der Exportsubventionen der Industrieländer, allen voran der EU, bei gleichzeitiger Unterstützung der durch Importe abhängigen Länder beim Wiederaufbau ihrer Landwirtschaft. 3. eine stärkere Kopplung der Agrarsubventionen an ökologische und soziale Zielsetzungen. pm

Hinweis zum Buch auf S. 21

Dreiste Kontrolleure gehen um

Im Süden gehen Saatgut-Kontrolleure um, anscheinend auf der Suche nach Landwirten, die bisher noch nicht auf der Adressenliste der Saatgut-Treuhandverwaltung GmbH stehen. Anfang Januar sind zwei Männer, die sich als Kontrolleure der Treuhand ausgegeben haben, bei einem Müller im Linzgau (Bodensee) aufgetaucht. Die Adresse des Müllers hatten die beiden Herren einer Rechnung über Saatgut-Reinigung entnommen, die ein Landwirt seinem ausgefüllten Treuhand-Fragebogen beigelegt und der Treuhand GmbH zugeschickt hatte.

Dies Rechnung hielten die Treuhand-Kontrolleure dem Müller vor und forderten ihn auf, er solle ihnen sämtliche Bauern nennen, die bei ihm Getreide hatten reinigen lassen. Zu dieser Auskunft sei der Müller rechtlich verpflichtet, drohten sie ihm. Er dürfe kein Saatgut reinigen, ohne dass er mit der Treuhand GmbH einen Vertrag abgeschlossen habe, sonst mache er sich strafbar. Er müsse die Adressen sofort herausgeben und den Vertrag unterschreiben, sonst würden sie ihn vors Gericht bringen.

Dem Müller kam das reichlich merk-

würdig vor. Er redete sich raus und behielt die Namen und Adressen für sich, so dass die Herren mit norddeutschem Autokennzeichen unverrichteter Dinge abreisen mussten. Bislang hat der Standhafte von ihnen noch nichts wieder gehört. Er hat wohl auch nichts zu befürchten, da er der Treuhand zu keinerlei Auskunft verpflichtet ist!

Ähnlich dreistes Vorgehen belegt auch ein Schreiben der Treuhand an einen Heilbronner Landwirt, in dem er aufgefordert wird, der Treuhand u.a. folgende Unterlagen vorzulegen: „jegliche Art von Flächennachweisen oder Anbauverzeichnissen wie z.B. die Anlage 1 zum Antrag auf Agrarförderung oder ein vergleichbares Verzeichnis“. Auch dieses Verlangen der Treuhand ist durch keinerlei Rechtsgrundlage abgedeckt.

Die Treuhand missbraucht damit das Vertrauen der Landwirte gegenüber den Pflanzenzüchtern, und der „Bauernverband“ unterstützt die Treuhand darin noch.

Die Interessengemeinschaft gegen Nachbaugebühren bittet alle Landwirte, ihr derartige Besuche oder Briefe von Kontrolleuren mitzuteilen: ☎ 05864-233 oder ☎ 04131-407757. uj



Auf das Urteil darf man gespannt sein

Düsseldorfer Richter stärken Bedenken der Bauern gegen die Nachbaugebühren-Praxis

Der 11. Januar war ein Tag gegen und für die Nachbaugebühren. Während im Landgericht Düsseldorf vier Landwirte vor Gericht standen, weil sie von der Saatgut-Treuhandverwaltung GmbH (STV) im Auftrag des Bund Deutscher Pflanzzüchter verklagt wurden, saßen in München Vertreter des Deutschen Bauernverbandes (DBV) mit Vertretern eben dieser Pflanzzüchter zusammen, um ihr gemeinsames „Kooperationsabkommen“ über die Nachbaugebühren wiederum nur leicht zu verändern (s. unten).

Einer der vier in Düsseldorf beklagten Landwirte wurde auch von den beiden Anwälten der „Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren“ (IG) vertreten. Die Treuhand will ihn mit der Klage zwingen, ihr Auskuft über seinen Ackerbau zu geben. Denn bisher hat die Treuhand von ihm keinen Fragebogen ausgefüllt erhalten. Weiß die Treuhand jedoch nicht, ob er überhaupt Getreide, Kartoffeln oder Körnerleguminosen und wenn ja: welche Sorten er anbaut, dann kann sie nicht berechnen, ob und wieviel Nachbaugebühren er ihr zahlen soll. Nun sind aber die Passagen des Sortenschutzgesetzes, auf die sich die Treuhand bezieht, aus 1997, es gibt bisher kaum Rechtsprechungen dazu, wohl aber eine Menge offener Fragen.

Auskunftspflicht zweifelhaft

Und so beschäftigten sich die Richter mit sehr grundsätzlichen Dingen. Da war die Frage, ob und wie weit überhaupt eine Auskunftspflicht der Landwirte gegenüber der Saatgut-Treuhand besteht. Der Vorsitzende Richter ließ Zweifel am Vorgehen der Treuhand mit ihrem umfangreichen Fragebogen durchblicken, den sie an über 200.000 Landwirte verschickt haben soll. Wenn nämlich nicht jeder Landwirt Nachbau betreibt (und so ist es), dann müsse zwischen Landwirten mit und ohne Nachbau unterschieden werden. Das war ein Hinweis darauf, dass die Treuhand nicht gleich nach angebauten Sorten Auskunft verlangen darf, sondern zunächst nur darüber, ob ein Landwirt überhaupt nachbaut. Schon deshalb darf man auf das für den 22. Februar angekündigte Urteil gespannt sein.

Die Richter schienen den IG-Anwälten auch darin folgen zu wollen, dass die Saatgut-Treuhand gar nicht als Vertreterin aller Pflanzzüchterunternehmen (Sortenschutzrechtsinhaber) vor Gericht ziehen dürfe. Sie dürfe nur diejenigen vertreten, die auch Gesellschafter bei ihr sind. Gesellschafter waren Anfang Januar aber nur 45 von 65 Firmen

Ferner schrieb der Richter der Treuhand ins Stammbuch: „Es darf nicht sein, dass Sie Rechte einklagen, die gar nicht mehr oder noch nicht bestehen!“ Dabei bezog sich der Richter wiederum auf die Darlegung eines IG-Anwalts, wonach die Saatgut-Treuhand von Gerichtstermin zu Gerichtstermin Sortennamen aus den Anklageschriften entferne, nachdem ihr jeweils vorgehalten werde, dass für diese Sorten gar kein gültiger Sortenschutz besteht, mithin auch keine Gebühren erhoben werden dürfen. Sie streiche die Sorten jedoch, ohne die Gerichte zu informieren.

„Gläserner Landwirt“

Auf die verfassungsrechtlichen Bedenken ging Rechtsanwalt Dr. Willhelms ein. Wenn nach Meinung der Treuhand tatsächlich alle Landwirte auskunftspflichtig seien, werde ein ganzer Berufsstand von einer privaten Firma (Treuhand GmbH) verpflichtet, ihr Auskunft zu erteilen. Noch völlig ungeklärt sei dann, wie weit die Treuhand denn das Recht habe, Angaben eines Landwirts anzuzweifeln und weitere Unterlagen einzufordern. Willhelms: „Müsste ich als Landwirt irgendwann meine ganzen Grundbuchauszüge und gar Vermögenstatbestände offenlegen?“

Willhelms warnte vor der Gefahr „gläserner Landwirt“. Man müsse die Nachbaugebühren im Zusammenhang sehen mit der jüngst getroffenen Entscheidung des



Europäischen Patentamtes München, wonach Pflanzen nun patentierbar sind. Mit der Auskunftspflicht beim Nachbar würden die Global players wie Novartis ein leichtes Mittel an der Hand bekommen, ihre Patentrechte gegenüber den Bauern durchzusetzen. „Und Novartis schickt sich heute an, über etwa 40.000 Patente zu verfügen.“ *uj*

Vor Gericht findet derzeit die Auseinandersetzung von Bauern gegen die Pflanzzüchter und ihre Nachbaugebühren statt. Foto: Jasper

Die eigene Ernte säen ...

... das nennt man Nachbau. Seit 1998 verbietet das Sortenschutzgesetz den Nachbau von geschützten Sorten, es sei denn, man zahlt dem Züchter der entsprechenden Sorte eine „Nachbaugebühr“. Die Höhe der Nachbaugebühr ist abhängig von der Lizenzgebühr, die der Züchter auf zertifiziertes (Z-)Saatgut auflägt. Laut EU-Verordnung darf die Nachbaugebühr höchstens 50 % der entsprechenden Lizenzgebühr betragen... Und was ist eine Sorte? Wie kommt es zu dem wachsenden Widerstand gegen die Nachbaugebühren? ... Mehr dazu im Kritischen Agrarbericht 2000 (s. S.

DBV kuschelt vor Züchtern

Seit Dezember 1998 ist im EU-Recht festgeschrieben, dass Landwirte höchstens 50 % der Saatgut-Lizenzgebühren als Nachbaugebühren zahlen. Weil der Deutsche Bauernverband (DBV) mit dem Bund Deutscher Pflanzzüchter (BDP) jedoch schon 1996, ein Jahr vor Verabschiedung des deutschen Gesetzes, das so genannte „Kooperationsabkommen“ abgeschlossen hat, zahlen Bauern in Deutschland bisher bis zu 80 %!

In einer gemeinsamen Presseerklärung von DBV und BDP ist jetzt zu lesen, man habe sich auf ein neues Kooperationsabkommen geeinigt. Allerdings erst für die Ernte im Jahr 2001.

Der DBV feiert es als Verbesserung, dass der Höchstsatz durch die neuerlichen Änderungen am Kooperationsabkommen von 80 % auf dann 60 % gesenkt wird. Für die mittlere Saatgutwechselklasse von 40 - 60 % (also die, die 40 - 60 % ihres Saatguts neu kaufen) hat der Bauernverband dagegen sogar eine Nachbaugebührenerhöhung von 30 auf 35 % abgenickt.

DBV und BDP geben an, dass bislang erst 143.710 Betriebe der Treuhand Auskunft über ihren Nachbau gegeben haben. Da ja

angeblich alle landwirtschaftlichen Betriebe (ca. 500.000 in der BRD) auskunftspflichtig sind, hat die Saatgut-Treuhand wohl noch nicht einmal 30 % der Landwirte erfasst. Es heißt deshalb in der Presseerklärung, dass „eine Veranlagung von Nachbaugebühren gemäß der gesetzlichen Vorgabe 4 Jahre rückwirkend möglich“ sei. Die Treuhand wird mit Sicherheit versuchen, alle Landwirte, die bisher nicht geantwortet haben, ausfindig zu machen und zur Nachbaugebührenzahlung zu zwingen.

Vor Nachbaugebühren sind wir nur sicher, wenn es gelingt, die Nachbaugesetze „kaputt zu klagen“! Endgültig gekippt werden können die Nachbaugesetze wohl nur mit Klagen bis vor das Bundesverfassungsgericht und den Europäischen Gerichtshof. Bis dahin ist es jedoch noch ein weiter und teurer Weg. Die 300 Mitglieder der IG hoffen daher, dass sich viele weitere dem Kampf anschließen!

Adi Lambke, Rundling 3, 29479 Jameln,
Sprecher der Interessengemeinschaft
gegen Nachbaugebühren und
Nachbaugesetze





Prof. Vogtmann will vermitteln

Bei Amtseinführung des neuen Präsidenten des Bundesamtes für Naturschutz, Prof. Hartmut Vogtmann (oben im Bild mit Ulrike Höfken), hat Bundesumweltminister Jürgen Trittin einen Referentenentwurf zur Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes angekündigt. Trittin ging auch auf die strittige Frage der Entschädigung der Landwirte für Einbußen durch Naturschutzauflagen ein. Hier gebe es derzeit noch eine Abstimmung mit den verschiedenen Stellen. Prof. Vogtmann erklärte, dass er sich in dieser Frage für einen Kompromiss einsetzen wolle. Die alten Feindbilder müssten verschwinden. pm

Grüne: „Natürlich.Gesund.Genießen“

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat anlässlich der Grünen Woche in Berlin ihre neue, auf ein Jahr angesetzte Kampagne mit dem Motto „Natürlich.Gesund.Genießen“ vorgestellt. „Mit der Kampagne wollen wir den Wert und das Image von Lebensmitteln und Ernährung wieder stärken; die derzeitige Entwicklung der Ökologischen Produktion aus der Nische in die Standardproduktion weiter fördern; die Lücke zwischen Verbraucherwünschen und tatsächlichem Einkaufs- und Ernährungsverhalten und Angebot schließen; die politische Bedeutung der Kaufentscheidungen hervorheben und eine attraktive zukunftsfähige Ausrichtung von Land- und Lebensmittelwirtschaft vorantreiben.“ So erklärte die agrarpolitische Sprecherin Ulrike Höfken (siehe Bild oben) das Ziel der Kampagne. Auftakt war ein Stand auf der Grünen Woche.

Es staubt aus Brüssel

Die EU-Kommission hat mit einem Feldstreich dafür gesorgt, dass aus Brüssel ab dem 1. Januar nur noch die Verfütterung von Magermilchpulver, nicht aber von Magermilch gefördert wird. Das bedeutet, dass nun sämtliche Magermilch unter hohem Energieaufwand erst getrocknet und dann pulverisiert werden muss, anstatt dass weiterhin ein – wenn auch ohnehin schon kleiner – Teil direkt ohne diesen Aufwand verfüttert wird. Gegen diese Entscheidung haben eine Reihe von norddeutschen Kälbermältern Klage angekündigt, die sich bislang Magermilch von Molkereien holten, um sie an die Kälber zu verfüttern. Jetzt müssen sie Magermilchpulver kaufen, um es mit Wasser anzurühren und dann zu verfüttern. Ihre auf Magermilch ausgelegten Anlagen können sie einmotten. Die EU-Kommission will den Kälbermältern nun Investitionsbeihilfen zur Umrüstung ihrer Anlagen zahlen. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf hat die Vermutung geäußert, dass hinter dem ganzen Streich die Magermilchpulverindustrie steckt, die ihre eigenen Anlagen nicht mehr voll auslasten konnte. uj

1. Europäische Wollkonferenz

Über 100 Personen aus 17 Ländern haben an der 1. Europäischen Wollkonferenz im spanischen Merida teilgenommen. Nach drei Tagen intensiver Beratungen wurde klar, dass es eine ganze Reihe von Phänomenen gibt, die alle EU-Länder betreffen. Die Teilnehmer der Konferenz verabschiedeten eine Schlussresolution, in der ein u.a. ein großes Interesse an einer länderübergreifenden Kooperation geäußert wird. Kontakt: CPE, Brüssel, ☎ 00322-2773112



KURZES AM RANDE

Landvolk verklagt Sonnleitner

Landvolkverband Sachsen-Anhalt hat DBV-Präsident Untreue vorgeworfen

Gegen den Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Gerd Sonnleitner, hat der Landvolkverband Sachsen-Anhalt unmittelbar vor Beginn der Grünen Woche Strafanzeige wegen Untreue bei der Staatsanwaltschaft Bonn gestellt. Der nicht zum DBV gehörende Landvolkverband, in dem sich Neu- und Wiedereintrichter zusammengeschlossen haben, wirft Sonnleitner vor, 900.000 DM ohne Ermächtigung in seiner Funktion als Vorsitzender des Beirates des Hilfsfonds Ost aus dessen Vermögen ausgezahlt zu haben.

Präsident Sonnleitner habe sich nicht an die Beschlüsse der Beiratssitzung des Hilfsfonds Ost vom 24.2.1999 gehalten, bei der das Verfahren zur Auszahlung von Mitteln festgelegt worden sei, so Kurt-Henning Klamroth, Präsident des Landvolkverbands, auf der Grünen Woche.

Geld aus Hilfsfonds Ost

Beschlossen worden war, dass der Restbestand aus dem Hilfsfonds Ost in Höhe von mindestens 4,5 Mio. DM zu gleichen Teilen auf den Berufsstand in den fünf neuen Ländern aufgeteilt wird. Dafür war folgende dreistufige Vorgehensweise festgelegt worden.

In der ersten Stufe sollten die Beiratsmitglieder des jeweiligen Landes eine Einigung über die Aufteilung der im Lande zur Verfügung stehenden Mittel herbeiführen. Im Falle der Nichteinigung sollte in einer zweiten Stufe der jeweilige Landesagrarrminister im Wege der Schlichtung den Versuch einer einvernehmlichen Einigung unternehmen. Für den Fall, dass auch dem Landesminister keine Einigung gelingt, sollte in einer dritten Stufe Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke einen endgültigen Vorschlag zur Aufteilung unterbreiten.

Ebenso wie in den anderen betreffenden Ländern, mit Ausnahme Sachsens, sei auch in Sachsen-Anhalt die zweite Stufe gescheitert, so der Landvolkverband Sachsen-Anhalt weiter. Aber obwohl der Landvolkverband den Schlichtungsvorschlag von Landesminister Keller abgelehnt habe, habe Sonnleitner die Auszahlung der Mittel entsprechend des abgelehnten Vorschlages ausgezahlt. „Sonnleitner hätte aber den Schlichtungsvorschlag von Bundeslandwirtschaftsminister Funke abwarten müssen, der dem Vorschlag von Minister Keller nicht zugestimmt hat“, so Klamroth. Der Vorschlag sah vor, von den 900.000 DM, die zur Verfügung stehen, 760.000 DM an den Landesbauernverband (DBV) zu zahlen und 140.000 DM an den Landvolkverband.

Sonnleitner reagiert

Auf der Grünen Woche sagte DBV-Präsident Sonnleitner zu den Vorwürfen, die Auszahlung der Mittel sei sehr wohl mit Minister Funke abgestimmt gewesen. Einen Schriftsatz darüber gibt es jedoch nicht, d.h. wenn, dann erfolgte diese „Abstimmung“ lediglich mündlich. Inzwischen gab es eine weitere Beiratssitzung des Hilfsfonds Ost am 15. Januar. Dort habe Sonnleitner eingestanden, dass die Auszahlung ohne Zustimmung von Minister Funke erfolgt sei, so Klamroth in einer Pressemeldung. Dabei habe Sonnleitner zugeben müssen, nicht nur die 900.000 DM für Sachsen-Anhalt, sondern ebenso die gleiche Summe für Thüringen ohne Abstimmung mit Funke ausgezahlt zu haben. Vereinbart worden sei, nun, zunächst Minister Funke um einen endgültigen Vermittlungsvorschlag zu bitten.

Die Frage ist, welche Maßstäbe Funke anlegen wird. Laut DBV vertritt sein Landesbauernverband mehr als 67 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes, während der Landvolkverband nur 6 % vertrete. Der Landvolkverband sieht jedoch eine Aufteilung nach Fläche als völlig unangebracht an. Er fordert eine Aufteilung der Mittel von 50 zu 50. Minister Funke will nun nach eigenen Angaben bis Ende März über die Sache entscheiden. pm

Hilfsfonds Ost

Der Hilfsfonds Ost wurde 1993 aus Mitteln der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) mit ca. 7 Mio. DM gegründet, die unter treuhänderischer Verwaltung standen. Mit den Mitteln des Fonds soll der landwirtschaftliche Berufsstand in den ostdeutschen Bundesländern gefördert werden. Insbesondere sollte eine Beratung in Fragen vermögensrechtlicher Auseinandersetzung ehemaligen LPG-Mitglieder erfolgen.

Laut dem Abschlussbericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens von Parteien und Massenorganisationen der DDR haben die im DBV organisierten ostdeutschen Landesbauernverbände zudem seit 1990 mehr als 24 Mio. DM aus dem weiteren Vermögen der ehemaligen VdgB erhalten, so der Landvolkverband. Eine Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Mittel-Verwendung stehe noch aus.

Das Gerede vom Weltmarkt

Die Betonung des Exports deutscher Agrargüter suggeriert ein falsches Bild von der Realität

Jede 5. Mark verdient die deutsche Landwirtschaft im Export. Dieser Satz durfte auf der Grünen Woche in keiner Rede fehlen. Damit wollten EU Agrarkommissar Fischler, Bundeslandwirtschaftsminister Funke und Bauernverbandspräsident Sonnleitner auf die Bedeutung des Weltmarktes für die deutschen Bauern hinweisen und natürlich auch auf die unausweichliche Ausrichtung der Agrarpolitik auf den Weltmarkt.

72 % „Export“ im EU-Binnenmarkt

Tatsache ist, dass durch das Zusammenwachsen des europäischen Wirtschaftsraumes die Grenzen des Nationalstaates unwichtiger werden, was nach 30 Jahren europäischem Einigungsprozess und erst recht nach der Einführung einer einheitlichen Währung nicht weiter verwunderlich ist. So werden denn auch 72% des deutschen Agrarexports mit unseren EU Nachbarstaaten abgewickelt und gerade nicht auf dem Weltmarkt. Der Anteil der Weltmarktexporte (also ins außereuropäische Ausland) an der Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft beträgt also nicht einmal 7%.

Wer dann noch berücksichtigt, dass von den Drittlandsexporten fast die Hälfte (genau 47%) in die mittel- und osteuropäischen Staaten geht und diese schon in wenigen Jahren (außer Russland) in die EU integriert werden, der sieht, dass der Weltmarktexport mit weniger als 5% der Gesamtproduktion für die deutsche Landwirtschaft eine bescheidene Rolle spielt. Dies gilt mit gewissen Einschränkungen auch für die gesamte EU. Auch Länder wie Frankreich wickeln ihren Agrarexport hauptsächlich im EU-Binnenmarkt ab.

Weltmarkt stagniert

Auch tendenziell spielt die Musik auf dem europäischen Binnenmarkt. Während der innereuropäische Handel mit Agrarprodukten seit Jahren Steigerungen aufweist, stagniert der Dritthandel außerhalb der EU bzw. muss mit abrupten Einbrüchen rechnen, weil die wirtschaftliche Lage etwa in Russland (siehe 1998 und 1999) sehr instabil ist. Die vor Jahren prophezeiten glänzenden Weltmarktaussichten (Getreide nach China usw.) sind jedenfalls bisher nicht eingetroffen und nicht absehbar.

Wer sich vergegenwärtigt, dass wegen des Weltmarktumsatzes eines Anteils von 5% der Gesamtproduktion die deutschen Agrarpreise für 100 % der Menge drastisch gesenkt werden müssen und die Landwirtschaft endgültig an den Tropf staatlicher Ausgleichszahlungen gehängt wird, kann sich nur an den Kopf fassen. Dass die deutsche und europäische Landwirtschaft nur mit wenigen Betrieben und in wenigen Regionen zu den niedrigen Weltmarktpreisen produzieren kann, soll hier noch nicht einmal angesprochen werden.

Argumente

Nun gibt es Argumente, die die Befürworter einer Weltmarkt-orientierung der Landwirtschaft anführen können: Beispielsweise weil die ideologische Diskussion der Globalisierung eine solche Entwicklung auch für den Agrarbereich begünstigt, beispielsweise weil die Osterweiterung der EU durch ei-



Wenn 20 % auf den Weltmarkt gingen, wäre hier mehr los. Foto: Jasper

nen Abbau des Agraraußenschutzes leichter mit den Spielregeln internationaler Handelsvereinbarungen vereinbar ist, beispielsweise weil die Ernährungsindustrie größere Wachstumschancen sieht. Das Argument aber, dass die Landwirtschaft ein Interesse an der Weltmarktausrichtung haben sollte, ist – um es höflich auszudrücken – das schwächste.

Wolfgang Reimer

Zahlen nach BML Dez. 99

Funkes Weltmarkt

Zu einer stärkeren Weltmarkt-orientierung der europäischen Landwirtschaft gebe es keine Alternative. Angesichts der Sättigung auf den heimischen Märkten und der wachsenden weltweiten Nachfrage nach Nahrungsmitteln gehe daran kein Weg vorbei. Dieses Credo betonte Minister Karl-Heinz Funke u.a. auf der Grünen Woche. Auf einem Kreisbauern-Tag in Mühlacker-Enzberg (Baden-Württemberg) fügte Funke hinzu, dass die Weltmarkt-orientierung aber nicht für alle Betriebe die richtige Perspektive sei. Auch auf den heimischen Märkten gebe es vielfältige Chancen, sei es in der Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion, seien es Dienstleistungen oder außerlandwirtschaftliche Erwerbsquellen.

Mehr US-Mittel für Agrar-Umwelt

Die US-Regierung scheint eine neue Richtung in der Agrarpolitik einschlagen zu wollen. Zunächst hatte US-Landwirtschaftsminister Dan Glickmann Anfang Januar erklärt, es müsse damit begonnen werden, das Land und den Boden als das wertvollste Gut der Landwirtschaft anzusehen und Maßnahmen zum Schutz der landwirtschaftlichen Flächen einzusetzen.

Dann kündigte eine Woche später Al Gore, US-Vizepräsident und Präsidentschaftskandidat der Demokraten, eine 1,3 Mrd. \$ (2,5 Mrd. DM) schwere Initiative zur Förderung von Agrarumweltmaßnahmen an, mit der zugleich die landwirtschaftlichen Familienbetriebe gestärkt werden sollen. Bestandteil der geplanten Initiative ist eine neues Agrarumweltprogramm mit 600 Mio. \$ (1,15 Mrd. DM). Damit sollen Landwirte unterstützt werden, die sich freiwillig zu Maßnahmen gegen Bodenerosion und die Gewässerbelastung mit Pestiziden und Düngemitteln verpflichten. Weitere 125 Mio. \$ (259 Mio. DM) sind vorgesehen zur Aufstockung des bestehenden Bodenschutzprogramms (u.a. für ein neues Ackerrand-

streifenprogramm). Auch das Programm zum Schutz von Feuchtgebieten soll ausgeweitet werden (+ 550 Mio. \$ / 1,05 Mrd. DM). Mit einem weiteren Teil der vorgesehenen 1,3 Mrd. \$ soll das Farmland-Schutzprogramm aufgestockt werden, das der Versiegelung bzw. Bebauung von ertragreichen oder landschaftlich „wertvollen“ Agrarflächen entgegenwirken soll. Ein vom Landwirtschaftsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten hatte ergeben, dass jährlich etwa 1,2 Mio. ha Agrar- und Forstflächen verloren gehen und fast 2 Mio. t Boden in Gewässer erodieren. Es verschwinden mehr Feuchtgebiete als durch staatliche Maßnahmen neu entstünden.

Die Betonung von Agrarumweltmaßnahmen, mit denen die Betriebe auch ökonomisch gestärkt werden sollen, mag in Wahlkampfzeiten populär sein und sich schon hieraus erklären. Denkbar ist aber auch, dass damit der EU-Strategie in den WTO-Verhandlungen der Wind aus den Segeln genommen werden soll, da die EU verbal stark den Umweltaspekt zur Absicherung ihrer Agrarausgaben betont. *uj*

USA: Neue Milchprämie bis 1,12 Mio. kg

Ankündigungen des amerikanischen Landwirtschaftsministers Dan Glickman zufolge will die US-Regierung in diesem Jahr kleineren und mittelgroßen Milchfarmen zusätzliche Prämien von insgesamt 126 Mio \$ (240 Mio. DM) zahlen. Damit sollen bei den zur Zeit „unfairen Erzeugerpreisen“, so Glickman, die kleineren und mittleren Milcherzeuger gehalten werden. Die Höhe der Prämie pro Betrieb richtet sich nach der Produktionsmenge in den Jahren 1997 und 1998, wobei nur die Menge bis zu einer Obergrenze von rund 1,12 Mio. kg/Jahr berücksichtigt werden soll. pm

Milchleistungen im Osten deutlich gestiegen

In Ostdeutschland ist die durchschnittliche Milchleistung der Kühe im letzten Jahr um rund 350 kg gestiegen, wie die ZMP mitteilt. Aufgrund der Mengenbegrenzung durch die Quotenregelung habe die gestiegene Milchleistung dazu geführt, dass die Herden kräftig reduziert werden mussten. Weitere Leistungssteigerungen seien zu erwarten und für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe auch geboten. Mit der Anpassung der Quotenregelung an die westdeutschen Bestimmungen dürfte sich der Strukturwandel auch im Osten beschleunigen, so die ZMP. pm

Deutlich mehr Öko-Milch geliefert

Nach Angaben des Bundeslandwirtschaftsministerium wurden in den ersten neun Monaten 1999 in Deutschland rund 168.500 t Biomilch an die Molkereien geliefert, das waren 36.300 t oder 27 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum (132.200 t). 1992 entfielen nur 0,3 Prozent der Anlieferung auf Biomilch, dagegen waren es 1999 0,8 Prozent, so das BML. Während in den neuen Ländern die Anlieferung nach besonderen ökologischen Regeln erzeugter Milch stagnierte, betrug die Zunahme im früheren Bundesgebiet 31 %. Nahezu zwei Drittel der Mehrlieferungen entfiel auf Baden-Württemberg. Das Bundesernährungsministerium geht davon aus, dass die ökologische Milcherzeugung weit aus stärker zugenommen hat als die Anlieferung, weil ein großer Teil der ökologisch erzeugten Milch als Frischmilch oder verarbeiteter als Milchprodukte von den Erzeugern direkt vermarktet wird. pm



Allgäuer Biokäse via Internet

Vier Käseereien im Allgäu haben sich zusammengeschlossen und bieten ihre Produkte im Internet an. Auf der Homepage mit der Internetadresse „http://www.allesbiokaese.de“ werden die aus Milch von Allgäuer Demeter- und Biolandbauern hergestellten Käse dargeboten. Die Bestellung kann online gesendet werden; ausgeliefert wird von Montag bis Donnerstag per Post. pm

Bank sieht für 2010 nur 30 Molkereien

Im Jahr 2010 werden sich nach Einschätzung der Rabobank nur noch maximal 30 Molkereien den deutschen Markt teilen. Heute seien es noch 160, so Manfred G. Schneider, Deutschland-Chef der Rabobank International auf der Grünen Woche. Der Strukturwandel in der Ernährungsindustrie werden keinen Sektor auslassen. Nur jedes dritte der heute noch knapp 6.000 Unternehmen in Deutschland werde als unabhängiger Betrieb überleben. Von den derzeit knapp 50 Unternehmen der deutschen Fleischwaren-Industrie werden den Rabobank-Analysen zufolge in 5 Jahren nur noch 10 oder 15 den Inlandmarkt bestreiten. pm

KURZES AM RANDE

Tuffi-Bauern stehen auf

Staffelpreis bringt 90 Kuh-Betrieb 12.000 DM/Jahr mehr – und holt es den Kleineren. Jetzt treffen sich die Bauern.

Unter den Bauern der nordrhein-westfälischen Milchwerke Köln/Wuppertal eG (MKW) brodelt es. Ein Teil von ihnen fühlt sich durch eine neue Preisgestaltung ihrer Molkerei stark benachteiligt. Seit November erhält bei der Molkerei-Genossenschaft mit der Marke „Tuffi“ nicht mehr jeder Bauer das gleiche Geld für den Liter Milch. Wer viel Milch liefert, bekommt pro Liter mehr. Der Preisunterschied beträgt zwischen einem Landwirt mit 90 Kühen und einem Bauer mit 30 Kühen 2 Pf./kg. „Das macht für einen 90-Kuh-Betrieb einen Einkommenszuwachs von etwa 12.000 DM im Jahr“, rechnet AbL'er Jürgen Altbrod verärgert vor. Der Mehrerlös der Großen müsse von den kleinen Betrieben bezahlt werden. Das sei ungerecht



Wie das wohl den Verbrauchern schmeckt, dass Tuffi die kleinen Höfe benachteiligt?

und mit dem Genossenschaftsprinzip nicht zu vereinbaren: „Für gleiche Ware muss der gleiche Preis gelten.“ Der Vorstand der Molkerei begründet die Staffelpreis der Auszahlungspreise damit, dass mit dieser Maßnahme die großen Milchbauern, die mit der Abwanderung zu anderen Molkereien gedroht hätten, gehalten werden sollen. Altbrod und weitere Kollegen bezweifeln jedoch, ob dies das richtige Mittel ist. Schon vor zwei Jahren hat die Molkerei-Genossenschaft den großen Betrieben erhebliche Zugeständnisse bei der Berechnung von Transport- und Untersuchungskosten gemacht, ebenso bei der Höhe der

Geschäftsanteile, die jeder Genosse in die Molkerei einbringen muss. All das habe anscheinend nichts genutzt, sagen die betroffenen Bauern. Und so sieht eine wachsende Zahl von Genossen mit der jetzt erfolgten Staffelpreis nicht das Ende der Ungerechtigkeit erreicht, sondern nur einen weiteren Schritt. „Wo soll das enden?“ fragen sie. Mit der Ungleichbehandlung der Bauern muss umgehend Schluss gemacht werden, fordern sie.

Versammlungstermin

Langsam formiert sich Widerstand gegen die Staffelpreis, die ohne Abstimmung der Basis eingeführt worden ist. An mehreren Orten in Westfalen und im Rheinland haben bereits Treffen von erbosten Milchbauern stattgefunden. Am 8. Februar findet in der Stadthalle Schmallenberg eine größere Versammlung statt.

„Die Lage ist ernst“, meinen Altbrod und Kollegen aus Eslohe im Sauerland, die Ende Januar bereits zum Presetermin geladen hatten. Denn der Staffelpreis führe dazu, dass vielen kleinen Betrieben die Luft ausgehe und ihnen letztlich die wirtschaftliche Basis ihrer Höfe entzogen werde, und zwar in diesem Falle nicht durch Maßnahmen der Politik, sondern der eigenen Genossenschaft. „Dabei waren die bäuerlichen Genossenschaften über 150 Jahre vom Solidaritätsprinzip getragen. Setzt sich das Prinzip der Ungleichbehandlung und Staffelpreise fort, so ist das der offene Kampf unter den Bauern.“ Sie rufen deshalb alle betroffenen Kollegen auf, sich zu informieren und für die Aufrechterhaltung der Solidarität unter den Bauern einzutreten. pm

Informationen unter ☎ 02973-2557 / 6722 oder 02934-779117 oder 02902-1409

Viele Betriebe geben auf

Im Vorfeld der neuen Quotenregelung, die am 1. April in Kraft tritt, geben derzeit auffallend mehr Milchbauern die Milcherzeugung auf als sonst. Messbar wird das bei den Quotenverkäufen und -verpachtungen. Bei der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe gehen derzeit so viele Anträge auf Übertragungen von Milchquoten ein „wie noch nie“. Die Zahl der Anträge auf Quotenübertragung habe sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt, heißt es.

Der „Quoten-Anrufrantworter“ der Landwirtschaftskammer Weser-Ems meldet: „Das Handelsvolumen im Dezember 1999 hat sich im Vergleich zum Novem-

ber deutlich erhöht. Zahlreiche Betriebsaufgaben werden auch in den nächsten Wochen zu einem regen Quotenhandel führen. Die Nachfrage kann jedoch stellenweise nicht befriedigt werden, so dass sich an der festen Preissituation nichts ändern wird.“

Erklärt wird der starke Anstieg der Quotenübertragungen damit, dass die Bauern jetzt noch die Möglichkeit des freien Handels nutzen, bevor ab dem 1.4.2000 Neuverpachtungen und direkte Quotenverkäufe zwischen Landwirten verboten sind und die Quoten dann über die neuen Quotenbörsen (Verkaufsstellen) gehandelt werden müssen. uj

Vor 20 Jahren haben wir im Münsterland einen 32-ha-Hof erworben. Damals waren wir beide Lehrer – beide Beamte auf Lebenszeit. Mit dem Kauf wollten wir den Traum, Bauer zu

Betriebsspiegel

32 ha Ackerland (schwere Böden), davon 3/4 Mähdruschfrüchte (4/5 Getreide (Vermehrung), 1/5 Körnerleguminosen) und 1/4 jeweils zweijähriges Klee gras, 10 Milchkühe.

Heinrich, Waltraud und Sohn Peter (1/2 AK) bewirtschaften den Hof unter aus-hilfsweiser Mitarbeit von Sohn Christoph und dem „Hofschlosser“ Heinemann, der mit seiner Familie ebenfalls auf dem Hof wohnt.

werden, selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu arbeiten, verwirklichen. Den Lehrerberuf, der uns bestimmt mehr Geld und Sicherheit bot, habe ich sofort aufgegeben.

Neben der Freude an der Landwirtschaft hatte für uns die Einheit von Beruf, Familie und Wohnumfeld einen sehr hohen Stellenwert. Beim Anbau von nur Mähdruschfrüchten, einer Milchquote von 66.000 kg und einem hohen Kapitaldienst haben wir den angestrebten Umstieg auf biologischen Anbau erst 10 Jahre später gewagt. Diese Umstellung hat sich dann jedoch wirtschaftlich eher als eine Verbesserung herausgestellt, weil wir ohnehin kaum in Maschinen und Stal-

lungen investiert hatten, die jetzt überflüssig gewesen wären. Mit Hilfe unseres „Hofschlossers“ Heinemann haben wir für alle Probleme immer brauchbare provisorische Lösungen gefunden.

Waltraud, bei der der Beruf der Lehrerin – anders als bei mir – auch eine Berufung war, hat ihre halbe Stelle erst vor 3 Jahren, als der Kapitaldienst geringer wurde, durch Kündigung endgültig aufgegeben. Der politische Einsatz auf kommunaler Ebene, in der Flüchtlingsarbeit und in der AbL beanspruchten viel Zeit und sie bedauerte sehr, zu wenig von den Außenarbeiten auf dem Hof mitzerleben. Von den Bereichen Politik, Familie, Biohof und

Lehrerin musste einer wegfallen. Und da gehörten Politik, Familie und Bio-landwirtschaft am engsten zusammen, so dass die Lehrerin gestrichen werden musste.

Wir fühlten uns im vergangenen Herbst noch einmal auf die Probe gestellt, als unser Nachbar, der knapp 20 ha im Nebenerwerb sehr erfolgreich bewirtschaftete, wegen Überlastung ca. 15 ha Ackerland direkt an unserem Hof angrenzend aufgab und zuerst uns zur Pacht anbot. Nach ein paar Tagen Bedenkzeit und Absprache mit unserem 23-jährigen Sohn, der den Betrieb weiterführen möchte, haben wir abgelehnt.

Eine Zusage hätte uns aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht, weil sie wahrscheinlich den Einstieg in weiteres, an kein Ende kommendes Wachstums gewesen wäre; weil sie Folgeinvestitionen in unsere provisorische, aber gut funktionierende Getreideaufbereitung gebracht hätte; und weil für uns zusätzliche Absatzwege erforderlich geworden wären ... Alles Stressfaktoren. Außerdem hätte sie die Aufteilung unserer Parzellen auf eine 7jährige Fruchtfolge hin, die wir strikt einhalten, wieder durcheinandergebracht.

Worum machen wir uns eigentlich Sorgen? Sicherlich nicht darum, dass es uns an Nahrung oder Wohnraum fehlte. Es gibt Menschen, die ein Leben lang arbeiten, um ein Haus zu finanzieren – wir haben es schon. – Wir müssen aufpassen, dass wir uns von den Wachstumsideologen nicht allzu viele Investitionen aufschwätzen lassen.

Wir lieben das einfache Leben. Was uns Sorge macht: Die so genannten Sozialversicherungen buchen monatlich mehr ab als wir für unseren Lebensunterhalt an Geld aufwenden müssen und vielleicht ist es abschbar, dass der Milchwagen für 10 Kühe nicht mehr vorbeikommt.

Heinrich Angenendt

Wir wachsen nicht



Jedes Jahr im Januar müssen bei uns die üblichen betrieblichen Versicherungen bezahlt werden. Zu diesen erheblichen finanziellen Belastungen am Jahresanfang gehören diesmal auch Zins und Tilgung für die Kredite, mit deren Hilfe wir im vergangenen Jahr den neuen Schweinestall gebaut haben. Der Stall steht nun, er ist natürlich teurer geworden als geplant. Das Platzangebot, das NEULAND den Schweinen gewährt, verursacht pro Mastplatz Kosten, die mit den Spitzenkosten der konventionellen Ställe mithalten.

Jetzt muss die NEULAND-Vermarktung stimmen, und wenn die Leistungen im Stall im oberen Bereich bleiben, dann hat sich die Investition gelohnt.

Der Stallbau war dringend erforderlich geworden. 1992 hatten wir den Stall von 500 konventionellen Mastplätzen auf 300 NEULAND-Plätze umgebaut. Das Betriebsergebnis war danach nur zum Teil zufriedenstellend, da es keine großen Sprünge zuließ, geschweige denn ein Polster für schlechtere Jahre gebildet werden konnte.

Durch den neuen Stall haben wir die Obergrenze, die NEULAND gezogen hat, erreicht. Ein Berater der Landwirtschaftskammer rechnet uns vor,

dass auch in dieser Größenordnung kein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften ist. Wenn das zutreffen sollte, werden wir neu überlegen müssen. Ein neuer Betriebszweig mit Rindern oder Geflügel bedeutet mehr Arbeit, und an Arbeit auf dem Acker und im Stall mangelt es schon jetzt nicht. Ganz im Gegenteil:

Hatten doch kürzlich unsere Kinder sich darüber beklagt, dass wir eigentlich nie genug Zeit für sie hätten. Und gab es da nicht auch noch die Abspra-

che zwischen uns Eltern, dass in der arbeitsarmen Zeit im Winter auch der Bauer sich verstärkt um Haushalt und Familie kümmert?

Mehr Arbeit ist nicht drin. Einfacher wäre es, den neuen Stall zu verlängern und mehr Schweine zu mästen. Aber das geht bei NEULAND ja nicht. Oder vielleicht doch irgendwann?

Martin Steinmann

Der neue Stall reicht nicht

Betriebsspiegel

400 Schweinemastplätze, 100 Hühner, 60 ha Acker, 10 ha Wald. Margerete und Martin Steinmann haben drei Kinder (9, 12 und 15 Jahre alt). Margarete arbeitet auf einer halben Stelle als Krankenhauspastorin. Martin versorgt den Hof alleine, nur in der Getreideernte hilft ein Praktikant.

Besseres Agrar-Image für Holland?

Niederländische Agrarprodukte verlieren Marktanteile in Deutschland. Dem will das holländische Landwirtschaftsministerium mit einer Imagekampagne begegnen, in der die Bemühungen um Umwelt- und Tier-schutz aufgezeigt werden. en

Bauerneinkommen auch in Holland mies

Unter der Armutsgrenze von 43.000 Gulden lebt ein Viertel der niederländischen Landwirte. Abzüglich der außerlandwirtschaftlichen Einkommen blieben nach Angaben von Agrar Europe sogar 44 % der Landwirte unter dieser Schwelle. en

Jetzt auch EU-Öko-Zeichen

Nur kurz nach Einführung des deutschen Siegels für Produkte aus ökologischer Landwirtschaft hat Ende letzten Jahres die EU-Kommission grünes Licht für einen Entwurf eines EU-Öko-Zeichens gegeben. Es ist ein kreisrundes, mit Zackenrand versehenes Logo in grün-blauer Farbe mit Korn-Ähre und 12 EU-Sternen. Mit dem Logo sollen Produkte gekennzeichnet werden, die zu mindestens 95 Prozent ökologisch-kontrollierte Inhaltsstoffe enthalten und deren gesamter Herstellungsprozess sowie Verpackung und Kennzeichnung überwacht werden, wie der Online-Dienst „Agrar.de“ mitteilt. Das Logo kann bunt oder schwarz-weiß auch zusammen mit nationalen Kennzeichen für Bio-Produkte verwendet werden. Auf der deutschen Version steht die Bezeichnung 'Biologischer Landbau - Ökologischer Landbau'. pm



Im Süden 300 % mehr durch Ökolandbau

In Entwicklungsländern könne die flächendeckende Umstellung auf ökologischen Landbau gegenüber dem heutigen Stand eine Ertragssteigerung um 300 % bringen. So gibt der Online-Nachrichtendienst AgriHolland Prof. Eric Goewie von der Universität Wageningen, Niederlande, wieder. Die ökologische Wirtschaftsweise sei den Entwicklungsländern ferner auch deshalb zu empfehlen, weil die zertifizierten Produkte einen leichteren Zugang zu den Märkten der Industrieländer hätten. In Europa würde die flächendeckende Umstellung auf Ökolandbau eine Ertragsminderung um 20 % mit sich bringen und werde deshalb nicht diskutiert. Für die USA sei der Minderertrag bei 5 % anzusetzen. pm

Biokontakt sucht Getreidebauern

Umstellungswillige Betriebe sucht die Erzeugergemeinschaft Biokontakt GmbH, Berlin, wie sie auf der Grünen Woche mitteilte. Nach der Agenda 2000, die spürbar zu sinkenden Preisen für Getreide führen werde, verbessere sich der betriebswirtschaftliche Vergleich weiter zu Gunsten der Biobetriebe. Hartmut Wöllner, landwirtschaftlicher Berater und Leiter eines 400 ha-Ökobetriebes in Sachsen-Anhalt, vertrat in Berlin die Meinung, dass auf schwächeren und mittleren Standorten in Zukunft wenig Alternativen zum Ökolandbau bestünden. Biokontakt erwartet mittelfristig eine „sehr stabile und positive Marktlage“. Die wachsende Nachfrage nach Bio-Produkten könne schon jetzt kaum mehr aus der inländischen Erzeugung gedeckt werden. Es sei jetzt wichtig, dass weitere Betriebe umstellten. Allerdings dürften die Betriebe die Umstellung auf Ökolandbau nicht mit blauäugigem Optimismus in Angriff nehmen. Auch sei der Ökolandbau „kein Rettungsanker für wirtschaftliche angeschlagene Betriebe“. Weil die Preise sich auf dem Biomarkt im Gegensatz zu den konventionellen Marktordnungsfrüchten stark nach Angebot und Nachfrage richteten, müssten langfristig auch Preisschwankungen in Kauf genommen werden, so die Erzeugergemeinschaft. pm

DBV und Ökolandbau

Wie auf Bundesebene des Deutschen Bauernverbandes werden auch auf Ebene seiner Landesverbände Arbeitsgruppen zum Ökolandbau eingerichtet. In Westfalen-Lippe hat der Westfälisch-Lippische Verband (WLV) zur konstituierenden Sitzung im Februar eingeladen. Auf seiner Neujahrspressekonferenz waren allerdings noch Töne aus früheren Zeiten zu hören. Wie die Münstersche Zeitung berichtet, hat WLV-Präsident Franz-Jodes Möllers auf der Neujahrspressekonferenz der NRW-Ministerin Höhn vorgeworfen, sie setze mehr auf Öko-Landwirtschaft als auf moderne Produktionsmethoden mit gesicherter Rentabilität. Der WLV-Vizepräsident Klaus Alte soll gesagt haben: „Weg mit dem Quatsch. Das ist doch Volksverdummung.“ – Sicher nur Ausrutscher im kalten Januar. pm

KURZES AM RANDE

Preisbildendes Schlachtkartell

Schlachtbranche arbeitet an eigener Preismeldung

Acht nordwestdeutsche Schlachtunternehmen wollen gemeinsam eine Preismeldung für Schlachtschweine einrichten. Wie zu hören ist, sollen sie ein Wirtschaftsberatungsunternehmen aus Essen beauftragt haben, aus ihren Schweinepreisen einen Durchschnittspreis zu ermitteln, um ihn auf einem Anrufbeantworter laufen zu lassen. Ziel der Aktion ist offensichtlich, die bereits bestehende Preismeldung der Vereinigung nordwestdeutscher Schlachtschweine-Erzeugergemeinschaften („Nordwestpreis“) unter Druck zu setzen. Der Schlacht-

branche ist der von den Erzeugergemeinschaften gebildete und in den Wochenblättern veröffentlichte Preis anscheinend noch zu hoch und zu unkalkulierbar. Von einem „ruinösen Preisdiktat“ und „ungesunden Preissprüngen“ sollen die Unternehmen gesprochen haben.

Auch der Vorsitzende des Niedersächsischen Landvolkverbandes, Wilhelm Niemeyer, soll von der Schlachtbranche instrumentalisiert worden sein. Auf einer Bauernversammlung soll er die Landwirtschaftskammer stark angeprangert haben, mit deren Hilfe die Erzeugergemeinschaften die Preisbildung organisieren. Die ZMP (Zentrale Markt- und Preisrichtsstelle, Unterabteilung der CMA) soll ebenfalls unter Druck stehen, da sie die Meldung bzw. Veröffentlichung des von den Erzeugergemeinschaften gebildeten Preises vornimmt.

Nach geltendem Recht dürfen nur Organisationen von Erzeugergemeinschaften derartige Durchschnittspreise bilden und zur Veröffentlichung weiterleiten. Ob es dagegen kartellrechtlich zulässig ist, dass auch Schlachtunternehmen gemeinsam einen Preis bilden und melden, ist noch nicht geklärt.

Die Aktivitäten der Schlachtunternehmen sind vor dem Hintergrund, dass sie den Schweinepreis im Januar zeitweise wieder unter 2 DM/kg sacken ließ, besonders zynisch.

Geflügel-Industrie weltweit

Prognose: Zweiteilung des Weltmarktes

Weltweite jährliche Wachstumsraten von 3 - 4 % bei Geflügelfleisch prognostiziert eine Marktstudie der Rabobank angesichts des Bevölkerungswachstums und der Preisrelationen zwischen den verschiedenen Fleischarten. Nach Ansicht der Autoren werden davon vor allem die Länder mit niedrigen Futterkosten (Brasilien, USA, China u.a.) profitieren. Die Hauptchancen der Unternehmen in der EU (mit relativ hohen Getreidepreisen bzw. hohen Standards und Verbraucheransprüchen) werden dagegen eher im inner-europäischen Handel gesehen.

Die Gewinnmargen bleiben im hochkonzentrierten und durchtechnisierten Geflügelsektor ohnehin begrenzt. Neben der Kostenminimierung gewinnen deshalb weitere Strategien an Bedeutung: z.B. der Einstieg in die Weiterverarbeitung, für kleinere Unternehmen besonders die Ausrichtung auf Premiumprodukte oder tiergerechte Haltung.

Die Studie beschreibt neben den weltweiten Tenden-

zen bei Produktion, Nachfrage und Handel auch die straffe Integration und Kontrolle aller Stufen von Zucht und Haltung bis hin zur Verarbeitung durch wenige große Konzerne, die die Märkte stark dominieren. Weltweit und in USA sind dies vor allem Zuchtunternehmen (Ross/Indian River, Arbor Acres, Cobb Vantress, Hubbard Farms und Avian) oder Verarbeiter (Tyson/Hudson, Gold Kist, Kerdue Farms, Pilgrims Pride, Conagra). Bei der



Putenproduktion beherrschen Konzerne wie Butterball Turkey, Jenni-o-Foods, Wampler Foods, Cargill und Shady Brook-Farms die Szene. Auch in Europa haben die 10 größten Unternehmen bereits 32%

Marktanteil, allen voran die französischen Konzerne Doux, Bourgoin und LDC, die italienische AIA Verona und die englische Hilldown. en

The World Poultry Industry, Rabobank-Studie (engl.), 100 S., zahlreiche Graphiken und Tabellen, 90 US-\$, Rabobank Int., Solmsstr.2-26, 60486 Frankfurt.



Das Glücksrad scheint sich für den Ökologischen Landbau entschieden zu haben. In den letzten Wochen ist nur noch von wachsenden Märkten die Rede. Es herrscht Durchbruch-Stimmung. Endlich haben die Handelsketten angebissen und ordern. Auch der Export von Biomilch und Getreide fluppt. Dass gerade jetzt das Öko-Prüfzeichen fertig ist, vermittelt fast den Eindruck, als habe beides miteinander zu tun.

Während man das alles erst mal begreifen muss, sind die Funktionäre im Ökolandbau-Dachverband AGÖL schon wieder einen Schritt weiter. In Berlin brachten sie Referenten zusammen, die den Ökolandbau als weltmarktfähig betrachten, und die sich von einer Liberalisierung des Weltagrarhandels für den Ökolandbau nur Vorteile versprechen: Rationalisierung auf den Höfen, sinkende Preise, Wachstum (s. u.).

Was Bauern zu der Entwicklung sagen, steht auf den nächsten Seiten. Es sind warnende Stimmen! Es wird überdeutlich, dass auch in der Biolandwirtschaft die Interessen auseinandergehen.

Der Ökolandbau hofft auf Globalisierung

Mit der Liberalisierung der Agrarmärkte verbanden Redner auf einem AGÖL-Forum viele Hoffnungen: Wachstum, günstigere Preise, rationellere Produktion und Beschäftigung

Nun hat die Wissenschaft auch den Ökolandbau entdeckt. Prof. Dabbert aus Hohenheim, der zusammen mit Prof. Hamm und anderen eine große, viel herumgereichte Studie über den Ökolandbau in Europa erstellt hat, durfte auch in Berlin nicht fehlen. Eine weitere Liberalisierung der Weltagrarmärkte eröffne für den Ökolandbau ungenutzte Potenziale, so Dabbert. Die Märkte für Bioprodukte würden durch eine Internationalisierung transparenter, was Dabbert so erläuterte: „Die unterschiedlichen Preise für Öko-Getreide in Europa können nur darin begründet sein, dass die Märkte nicht integriert sind.“ So komme mit der Liberalisierung der Kosten der Landwirte „natürlich auch im biologischen Landbau“, was die Produktion effizienter werden lasse. (Ich hör dir trapsen.) Dabbert nannte Beispiele: Eine dänische Biokuh gebe im Durchschnitt 7.000 kg im Jahr, eine baden-württembergische dagegen nur 5.000. Wachsen der dänische und baden-württembergische Biomilchmarkt zusammen, „muss die Bioproduktion rationeller werden“, so der Wissenschaftler. Und natürlich leicht provokant gemeint: „Der Ökolandbau ist eben keine Überlebensin-

sel für romantische Bilder der Landwirtschaft.“

Auf dem agrarpolitischen Forum der AGÖL (Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau) auf der Grünen Woche in Berlin lautet das Thema: Liberalisierung des Welthandels als Herausforderung für den Ökologischen Landbau“. Nachdem Prof. Dabbert gesprochen hatte, wusste man, warum die AGÖL sich dieses Thema gewählt hatte. Hätte man es entsprechend anders formuliert, wäre der Saal vielleicht etwas voller gewesen...

Die Sicht des Naturschutzvereins WWF brachte Freiher von Münchhausen mit nach Berlin. Der ökologische Landbau sei die Form, die alle Umweltverbände fördern wollten. Das Ziel sei, so viel ökologischen Landbau wie möglich zu erreichen. „Der Ökolandbau muss raus aus der Nische“, forderte er. Das könnte innerhalb des Ökolandbaus sehr wohl zu Konflikten führen, „weil es manchmal in Nischen ganz gemütlich ist“. Doch dem Ziel komme man nur näher mit „neuen effizienten Verarbeitungs- und Vermarktungsstrategien“. Hier sei das neue Ökoprüfzeichen ein „wegweisendes“ Beispiel.

Auch von Münchhausen verspricht

sich von einer Liberalisierung für den ökologischen Landbau erhebliche Vorteile gegenüber der konventionellen Landwirtschaft. Denn mit der unumgänglichen Liberalisierung werde der Trend in der EU-Agrarpolitik fortgesetzt, dass staatliche Zahlungen in zunehmenden Maße von Umweltstandards abhängig gemacht würden. Und da habe der Ökolandbau in allen Punkten klare Vorteile. Diese müsse er jedoch viel stärker nach außen tragen. Auch der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf unterstützt die Liberalisierung der Agrarmärkte: „Ich halte die Liberalisierung im Agrarbereich dringend für notwendig.“ Er unterschied dabei zwischen einer „quantitativen“ und einer „qualitativen“ Liberalisierung. Erstere sei erforderlich, um das europäische, auf Massenproduktion ausgerichtete System von Intervention und Exporterstattungen abzuschaffen. Denn durch dieses System seien die Preise künstlich nach unten gedrückt worden. Hört dieses Dumping auf den Märkten auf, so würden die Preise für konventionelle Ware steigen, was auch dem Biopreis zugutekomme.

Die Gefahr einer Liberalisierung liege jedoch darin, dass kulturell festgelegte

oder erstrittene Werte bzw. ökologische und soziale Standards geschleift würden. Dem müsse politisch vorgebaut werden, um den gesellschaftlichen Anforderungen wie Umweltschutz und Beschäftigung entgegen zu kommen. „Wir werden uns auch im ökologischen Landbau daran gewöhnen müssen, dass soziale Kriterien eingezogen werden.“ Graefe zu Baringdorf forderte, auf längere Sicht hin die im Ökolandbau gezahlten staatlichen Flächenprämien an das Kriterium Beschäftigung zu binden.

Für diesen Vorschlag fand er im Publikum zunächst viel Beifall. Auf dem Podium wollte ihn jedoch keiner mittragen – der Mann vom WWF nicht, der Volkswirt aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium nicht, die AGÖL-Vorständler nicht und der Hohenheimer Wissenschaftler erst recht nicht. Man stelle sich vor, dem Wachstum des Biomarktes komme eine soziale Frage in die Quere, wo doch jetzt endlich der Durchbruch greifbar nahe – oder schon im Gange ist. *uj*

Die Vorträge des AGÖL-Forums, das sich im zweiten Teil mit anderen Referenten um die Wünsche der Verbraucher/innen drehte, werden im Internet veröffentlicht: www.ago-el.de

Motivation der Pioniere

Biobauer Siegfried Kuhlendahl berichtet aus seinen Anfängen vor 30 Jahren

Als unsere Umstellung begann, erlebten wir das Frühjahr 1969. Ich war damals 40 Jahre alt und begeisterter Bauer auf einem 21 ha großen Hof im Bergischen Land. Meine Eltern hatten mir den Hof 12 Jahre zuvor übergeben. Diese Jahre nutzte ich, um aus Vaters „altmodischem“ Gemischtbetrieb einen reinen Grünlandbetrieb mit Boxenlaufstall und 40 Milchkühen zu entwickeln, der bei intensiver Düngung, leistungssteigernder Fütterung und gutem Milchpreis – nominal nur wenige Pfennige unter dem heutigen – ein erstaunlich hohes Einkommen erbrachte.

Wir wurden zum Vorzeigebetrieb in der Region und hätten eigentlich rundum zufrieden sein können – wenn da nicht zahlreiche Beobachtungen und Erlebnisse zu immer stärkerer Verunsicherung geführt hätten. Meine Frau und ich fragten uns, ob der Wandel vom Bauern zum Unternehmer unser Weg sein kann. Wir stellten fest,

1. dass der Düngeraufwand von Jahr zu Jahr steigen musste, um den Ertrag auf gleicher Höhe zu halten, die Pflanzenvielfalt ab- und der Ampfer zunahm;
2. dass die Gesundheit und besonders die Fruchtbarkeit unserer Kühe trotz höheren Aufwandes für Mineralfuttermittel und Medikamente schlechter wurden;
3. dass wir keinen Einfluss auf Qualität und Preis der zugekauften Futtermittel hatten: damals Harnstoff! statt Soja, heute Tiermehl und Klärschlamm;
4. dass wir bezüglich unserer Erlöse der Willkür der Politiker ausgeliefert sind. Ein Schlüsselerlebnis war das Absetzen der Subvention von 4 Pf pro kg Milch, die in der Erzeugerschlacht nach dem Krieg gewährt wurden, um die Milcherzeugung anzukurbeln.

Ganzheitlichkeit fehlte

Mut, uns dem biologischen Landbau zuzuwenden, machten uns das Beispiel und die Denkanstöße eines Veters und einer Kusine im 500 km entfernten Bayern. Da wir jedoch noch kein richtiges Gespür für ganzheitliche Zusammenhänge hatten, glaubten wir, durch den Verzicht auf Kunstdünger, Chemie und Industriefuttermittel das Wichtigste getan zu haben. Ein großer Irrtum, der den stolzen Vorzeigebauern in der Durststrecke der ersten drei Jahre zum bemitleideten Strauchler werden ließ.

Von unseren Weiden und Wiesen ernteten wir nur die Hälfte der für den Winter benötigten Futtermenge. Wir hatten jedoch vorgesorgt und Heu zu-

gekauft, das von so genannten Sozialbrachen aus dem Schwarzwald kam: Transport per Bahn, Umladen am Bahnhof auf unsere Wagen und Spießrutenfahrt durch die Nachbarhöfe – ein unangenehmes Erlebnis. Als ich aber am nächsten Morgen die Tür zur Futterternte öffnete, empfing mich ein Kräuterduft, den ich so noch nie gerochen hatten. Die Fresslust unserer Tiere und die gesundheitliche Reaktion der nächsten Monate zeigten uns, dass unsere so geschätzten Analysen bei Futter, Dünger und Boden doch wohl nicht alle Werte erfassen!

Im zweiten Sommer der Umstellung gab es einen großen Schub nach vorne. Mein 80-jähriger Onkel, Vater der schon erwähnten Kusine, kam von einer Exkursion zu Dr. Müller zurück – und brannte vor Begeisterung lichterloh! Diese Begeisterung über die Persönlichkeit Dr. Müller und seine Ideen von der Praxis des organisch-biologischen Landbaus war beeindruckend. Meine Frau und ich nahmen uns im nächsten Frühjahr trotz aller Arbeit die Zeit, zwei Einführungskurse in der Schweiz zu besuchen.

Dort vollzog sich der entscheidende Wandel hin zum ganzheitlichen Denken des biologischen Landbaus. Hatte



Foto: Drechsler

bisher die fachliche Herausforderung dominiert, wurde uns in diesen Tagen klargemacht, dass der organisch-biologische Landbau nur eine Zukunft hat, wenn es zu einer „geistigen Erneuerung des Bauerntums kommt“, die zu einem bewussteren Leben und Handeln führt.

Dr. Müller besaß die wertvolle Gabe, unser Verständnis zu wecken für die Notwendigkeit, als Mensch und ganz besonders als Bio-Bauer den vom Schöpfer vorgegebenen Platz in der Schöpfungsordnung zu finden: gleichberechtigt neben Pflanze und Tier, dienend miteinander verbunden.

Hatte bisher das betriebswirtschaftliche Denken und das Nährstoffdenken

dominiert, so galt es nun über die Grundlage nachzudenken. Wir beschlossen, beim Boden zu beginnen. Wir erlebten, welche Wahrheit in den Aussagen der beiden Forscher Liebig und Voisin stecken: „Der Boden ist die Quelle aller Güter und Werte“ (Liebig). Man muss erst den Boden heilen, um nicht Pflanzen, Tiere und Menschen heilen zu müssen“ (Voisin). Diese Wahrheit zu erleben, war das eindrucksvollste Erlebnis in 30 Jahren Biolandbau und ist es bis heute geblieben.

Siegfried Kuhlendahl. Auszüge eines Vortrages auf der Konferenz in Witzenhausen (s. u.)

Ausgeträumt, und doch Visionen

Witzenhäuser Studenten diskutierten Entwicklung des Ökolandbaus

Bedeutet die Entwicklung vom abgedrehten „Körndlbeißer“ zum Produktinnovator mit Marktpotenzial schon per se eine Entwicklung vom ursprünglichen Idealismus zum verwässerten Zeitgeist? Auf einer von Studierenden organisierten Konferenz Witzenhausen wurde eine Woche lang über solche Fragen diskutiert.

„Die Zeiten großer Erfolge sind oft der Beginn großer Niederlagen“, warnte Ökolandbau-Pionier Siegfried Kuhlendahl (s. o.). Wozu diese pessimistischen Worte? Der starke Aufwärtstrend des ökologischen Landbaus in Europa ist doch nur zu begrüßen, oder? Jährliche Zuwachsraten in zweistelligen Prozentzahlen machen deutlich, dass der Ökolandbau der Nische entwachsen ist. Allerdings muss man wohl zugeben, dass viele diese Nische lieb gewonnen hatten, bot sie doch Schutz vor dem rauhen Wind des Marktes.

Das hat sich geändert, der Ökolandbau findet allgemeine Anerkennung,

nachdem er in Österreich und Dänemark bereits 10 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche einnimmt und Schweden wie Bayern das als Ziel ausgegeben haben. Die EU hat in Verordnungen gegossen, was unter ökologische Landwirtschaft fällt, weitere Hochschulen richten Lehrstühle ein usw. Bio wird schick – und als Gesundheitskost („healst food“) gewissermaßen „trendy“.

In Witzenhausen wurde natürlich auch nach möglichen Kehrseiten der Medaille gefragt. In so manchen Äußerungen kam ein Unbehagen über die Erfolge zum Vorschein, etwa so: Früher waren die Ideale Grund zur Umstellung, heute ist es oftmals nur noch eine betriebswirtschaftliche Rechnung. Es bestehe die Gefahr, dass dabei das geistige Fundament untergehe. Die Folge sei, wie es Herr Rödelberger vom Goldenhof ausdrückte, eine „organisch-technische“ Landwirtschaft, die aus dem Spielraum der EU-Richtlinie das Größtmögliche heraushole.

Das kratzte schmerzhaft am Selbstverständnis. Aus den Diskussionen ergab sich dann folgender Grundkonsens: Ökolandbau ist nicht nur eine Produktinnovation im Wachstumsmarkt „healst food“. Vielmehr müssen neben ökonomischen auch ökologische und soziale Aspekte einschließen: ein möglichst geschlossener Hoforganismus und daher eine weitestgehende Regionalität; soziale Fragen wie das Eigentum an Boden oder das Hinterfragen des „Wachstumsprinzips“; sowie kulturelle und ästhetische Aspekte (Landespflege). Das Ganze ist eine untrennbare Einheit, ein Kreislauf der lebendigen Substanz. Ökologische Agrarkultur muss Teil einer ökologischen Eßkultur, ja einer ökologischen Kultur allgemein sein.

Andreas Kirch,
Student in Witzenhausen

Eine Dokumentation der Konferenz (15,00 DM) gibt's beim „Verein zur Förderung der Lehre im ökologischen Landbau“, ☎ 05542-981598

Hauptsache Bio?

Dietmar Groß, Biobauer und Vorstandsmitglied des Bioland-Landesverbandes Hessen-Thüringen-Sachsen-Anhalt, erhebt Einspruch gegen das alleinige Orientieren auf hohe Marktanteile für Biowaren

Der Biomarkt in Deutschland scheint in eine neue Phase einzutreten. Ketten des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) steigen in die Vermarktung von Bioprodukten ein oder erweitern ihr bisheriges Biosortiment. In Verbindung damit ist die gerade erfolgte Einführung eines bundesweit einheitlichen Prüfzeichens für Ökoprodukte zu sehen. Es soll den bisher unerreichten Verbraucher/innen die Sicherheit signalisieren, dass die Produkte wirklich „bio“ sind. Und die

Zwei Thesen zur Debatte:

1. Quantitatives Wachstum im Biomarkt bedeutet noch lange nicht, dass daraus positive Effekte zur Verbesserung des Einkommens der Bauern und Bäuerinnen und zur Schaffung von ausreichend bezahlter Arbeit im ländlichen Raum resultiert.
2. Quantitatives Wachstum im Biomarkt ist auch nicht zwingend gleichzusetzen mit einer Verbesserung für Natur und Umwelt.

Öko-Anbauverbände treten mit Optimismus nach außen und suchen „dringend“ umstellungswillige Bauern und Bäuerinnen. Alles ist auf Wachstum ausgerichtet.

Das bisherige mühsame Wachstum ist vielen Akteuren viel zu langsam. Mit dem flächendeckenden Einzug in den LEH will man von den bisher mühsam erreichten 2 % Marktanteil schnell auf 10 % kommen.

Thesen:

Für uns Biobauern und -bäuerinnen bietet das Wachstum nicht nur Chancen, sondern auch Risiken, von denen allerdings öffentlich nur ungern gesprochen wird – der Ruf des „Miesmachers“ droht. Unter Bauern und Bäuerinnen läuft die Debatte dennoch. Ich möchte zwei Thesen beisteuern:

1. Quantitatives Wachstum im Biomarkt bedeutet noch lange nicht, dass daraus positive Effekte zur Verbesserung des Einkommens der Bauern und Bäuerinnen und zur Schaffung von ausreichend bezahlter Arbeit im ländlichen Raum resultiert.

2. Quantitatives Wachstum im Biomarkt ist auch nicht zwingend gleichzusetzen mit einer Verbesserung für Natur und Umwelt.

Wenn diese beiden Thesen zutreffen, sollten wir daraus Konsequenzen zie-

hen. Zur Begründung der Thesen möchte ich zunächst meine Erfahrungen mit den bekannten Maßnahmen von Politik und Handel zur Förderung des Biomarktes aufzeigen.

Praktische Erfahrungen

Prämien senken Preise

Die seit Anfang der 90er Jahre als Extensivierungsprämien der EU gezahlten Zuschüsse für Grünland und Ackerbau haben zu massiven Marktungleichgewichten bei Biomilch, -fleisch und -getreide geführt. Die Prämien haben zu einem Anstieg der Erzeugung, also des Angebots geführt, das in manchen vergangenen Jahren die Nachfrage überstieg. Zweitens bieten die pro Hektar Fläche gezahlten Prämien flächensstarken Betriebe (besonders bei geringen Pachtpreisen) deutliche Vorteile. Sie können ihre Waren günstiger anbieten.

Im Ergebnis sind die Preise für Biobrotgetreide von 80 - 100 DM/dt Anfang der 90er Jahre auf derzeit 40 - 50 DM/dt gefallen, sofern die Erzeuger überhaupt zu Biopreisen vermarkten konnten. Bei einem angenommenen Ertragsniveau von 50 dt/ha bedeutete das im Minimum ei-

ten Nachfragebelebung geführt. Obwohl Biobrotgetreide seit Jahren reichlich verfügbar ist, sahen sich nur wenige Bäckereien oder Brotfabriken zum Einstieg in dieses Marktsegment veranlasst; offensichtlich traut man hier dem Markt nicht zu, was die Marktprognosen versprechen.

Dieser Widerspruch wird nun damit erklärt, dass Vollkornprodukte nicht mehr im Trend sind. Bioweißmehlprodukte sind angesagt – was in den Verbänden teilweise heftig diskutiert wurde. Ungeachtet dessen sehen wir uns heute auf der Erzeugerebene mit Qualitätsanforderungen an Biogetreide (Klebergehalt, Fallzahl) konfrontiert, die auf vielen Standorten gar nicht mehr erzielbar sind. Hochwertiges Biogetreide in diesem Sinn wird deshalb aus Ungarn importiert; dort ist es zudem auch noch billiger. Der Biogetreidemarkt wurde im letzten Jahr hauptsächlich durch Verfütterung und Exporte entlastet. In veredelter Form drücken diese Mengen im laufenden Jahr auf die Fleisch- und Milchmärkte. Insbesondere die Dänen mit ihren teilweise bewunderten expansiven Wachstumsstrategien werden mit Dumpingpreisen Bio-Milchprodukte und Schweinefleisch auf den deutschen Markt drücken.



nen Erlösrückgang von 2.000 - 2.500 DM/ha. Die Prämie von 200 - 450 DM/ha (je nach Bundesland) gleicht diesen Erlösrückgang bei Weitem nicht aus.

Die staatlich induzierte Produktionsausweitung samt Preisrückgang hat aber keineswegs zu einer nennenswer-

Gemüseanbau neue Sonderprämien eingeführt worden (mehr dazu unten).

Mehr Absatz bei sinkenden Preisen?

Interessant, aber nicht neu ist ein weiteres Phänomen der Entwicklung im Getreidemarkt: Obwohl die Erzeuger-

preise drastisch gefallen sind, ist der Biobrotpreis in den meisten Fällen mit den sonstigen Betriebskosten der Bäckereien sogar angestiegen. Vom konventionellen Markt kennen wir die Entkopplung von Rohstoff- und Konsumgutpreis schon lange.

Dem zum Trotz postulieren die Experten umso lauter die These, dass der Biomarkt erst richtig wachse, wenn die Preisaufschläge auf konventionelle Ware moderat ausfallen. Maximal 30 - 50 % Aufschlag fordert der vielzitierte Prof. Hamm. Bei den Zentraleinkäu-

fern der großen LEH-Ketten fällt diese Empfehlung offensichtlich auf fruchtbaren Boden. Einer dieser Zentraleinkäufer benutzte kürzlich bei einem Sondierungsgespräch diese Vorgabe gleich wie ein Preisdiktat. Wenn wir (ich habe im Namen unseres Erzeugerzusammenschlusses für Bio-

kartoffeln und Feldgemüse angefragt) mit diesem Abnehmer ins Geschäft kommen wollten, dürfe unsere Preisvorstellung die offensichtlich magische Zahl von 30 % Aufschlag nicht überschreiten. Und die Ware müsse natürlich den üblichen Anforderungen entsprechen, als Bioware zusätzlich gekennzeichnet (Salate in Folienbeutel mit Firmenlogo, natürlich alles von uns bezahlt), verpackt oder banderoliert sein. Dazu kämen die in dieser Branche üblichen Geschäftsbedingungen: Skontoabzug trotz langer Zahlungsziele und Beteiligung an diversen sonstigen Geschäftskosten. Für uns bliebe unter dem Strich ein Mehrerlös gegenüber konventioneller Ware von weniger als 20 %. - Ich habe kein Angebot abgegeben. Ich hoffe, dass das Unternehmen auf dieser Grundlage kein Biogemüse in seine Regale bekommt, aber sicher bin ich mir da nicht.

Beispiel: Gemüse

Denn bei der Propaganda, die derzeit in den Verbänden für den Gemüseanbau gemacht wird, ist bei Feldgemüse mit einer spekulativen Marktausweitung zu rechnen. Dazu kommt die erwähnte Einführung der besonderen Flächenbeihilfen für Biogemüseanbau. Das sorgt in den nächsten Jahren für einen großflächigen rationellen Biogemüseanbau. Insbesondere die Betriebe, die bei geeigneten Boden- und Klimabedingungen über rationale Erzeugungs-, Lagerungs- und Marktaufbereitungstechnologien ver-

fügen, wittern ihre Chance. Die „große Produktion“ wird natürlich nur mit niedrigeren Preisen einen Absatz finden, dafür aber gleich europaweit, denn die Entfernung setzt bei den heutigen logistischen Möglichkeiten keine Grenzen mehr.

Das Szenario

Biokopfsalat aus der Pfalz, geerntet vom Salatvollernter, für 99 Pf/St., Biomöhren aus Niedersachsen, vollautomatisch sortiert und gewaschen, in der folierten 500-g-Schale für 1,49 DM/kg, Bioblumenkohl, von polnischen Saisonarbeitern in der Magdeburger Börde geschnitten, für 1,99 DM/St. in ganz Deutschland in den Regalen der großen LEH-Ketten. Darüber hinaus ein florierender Absatz nach Nordeuropa und sonstwo hin auf der Welt, wo die deutsche Biogroßproduktion wettbewerbsfähig ist.

Soll so der zukünftige Biomarkt aussehen? Sind das unsere Visionen vom verantwortlichen Umgang mit der Erde?

Bedenken

1. Es besteht die Gefahr, dass die propagierte Zusammenarbeit von „großer“ Bioproduktion und zentralistisch geführtem LEH und Naturkostgroßhandel die bestehenden dezentral organisierten, vielfältig strukturierten bäuerlichen Betriebe, Naturkostverarbeiter und -händler verdrängt und somit sinnvolle Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten vernichtet.

Es waren gerade die kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe, die infolge des Preisverfalls bei Biogetreide in den Gemüsebau, die Weiterverarbeitung von Nahrungsmitteln (Käseerei, Brotbacken) und in die Direktvermarktung eingestiegen sind. Im Verbund mit den Naturkostläden und den regional agierenden Naturkostgroßhändlern entstand so langsam aber beständig ein vielfältiger, kleinräumiger und transparenter Markt für Bioprodukte. Von den etablierten Kreisen der Agrarlobby, der Nahrungswirtschaft und des Handels wurde dieser Zweig zunächst

belächelt, dann heftig ideologisch bekämpft. Heute möchten diese Kreise die Früchte der Aufbauarbeit ernten.

2. Es besteht die Gefahr, dass die ökologische Qualität der Biolandwirtschaft und die geschmacklichen und inhaltlichen Qualitäten vieler Bioerzeugnisse zurückgehen.

Der Qualitätsstandard von Bio-Lebensmitteln lässt sich nicht allein über den Ausschluss von giftigen Agrochemikalien definieren. Auch die Produktionsweise im Biolandbau ist von erheblicher Bedeutung. So ist z.B. nicht auszuschließen, dass die bisher nachweisbaren Vorzüge eines niedrigen Nitratgehalts von Möhren oder anderen Gemüsearten aus Ökolandbau in dem Maße eingebüßt werden, wie große, rationelle Produktionsweisen den Markt bestimmen.

Der Einsatz von Vinasse (Abfallprodukt der Zuckerfabriken) oder separierter Gülle als zulässigen organischen Stickstoffdüngern wird erst in-

und innerer Qualität besteht bei den meisten Gemüsesorten jedoch ein antagonistischer Zusammenhang – steigt das erste, sinkt das zweite.

Ein anderes Beispiel ist der Einsatz von Kupferpräparaten zur Vorbeuge gegen Kraut- und Knollenfäule bei Kartoffeln. Auch hier sind die erforderlichen teuren Applikationstechniken (Unterblattspritzung) erst in großen Produktionseinheiten wirtschaftlich. Da die Anwendung von Kupferpräparaten nach der EU-Öko-Verordnung zulässig ist, entschärft ein Bioverband nach dem anderen unter dem Druck der großen Betriebe, die mit Austritt drohen, die verbandsinternen Regeln, obwohl der Kupfereinsatz nach wie vor unter ökologischen und gesundheitlichen Gesichtspunkten heftig umstritten ist.

3. Es stellt sich die Frage, welche strukturellen Vorteile für das Agrarökosystem bei hochspezialisierten Biobetrieben

mit wenigen Produktionsverfahren noch bestehen. Schließlich ist hinreichend bekannt, dass für wildlebende Tier- und Pflanzenarten nicht nur die Art der Bewirtschaftung (bio/konv.), sondern auch die Vielfalt und Intensität der Nutzungen und der Grad der Mechanisierung von Bedeutung ist. In dem Maße, wie der ökologische Landbau dem selben Strukturwandel wie die konventionelle Landwirtschaft unterzogen wird, schwinden im gleichen Umfang die ökologischen Vorteile dieser Landwirtschaftsmethode.

Schlussfolgerungen

1. Im Prinzip ist es zu begrüßen, wenn auch die großen Unternehmen der Ernährungswirtschaft und des Handels zu einem schnelleren Wachstum des Biomarkts beitragen wollen. Doch dürfen dabei nicht elementare Grundlagen des ökologischen Wirtschaftens über Bord geworfen werden.

In der Marktmacht und Größe der neuen Marktpartner steckt für die weitere Entwicklung des Ökolandbaus nicht nur die Chance des Umsatzwachstums, sondern ein großes Risiko. Das Problem dabei ist das ökologische und ökonomische Grundver-

ständnis, mit dem Geschäfte gemacht werden. Praktische Erfahrungen zeigen, dass Kriterien wie regionale Herkunft, bäuerlich-ökologische Produktionsweise und partnerschaftliche Preisgestaltung durchaus auch in der Geschäftsphilosophie von LEH-Unternehmen Platz finden können. Insbesondere regional agierende LEH-Unternehmen stellen mit ihren Erfolgen im Biomarkt unter Beweis, dass diese Geschäftsphilosophie auch von der Kundschaft honoriert wird, wenn sie glaubwürdig vermittelt wird.

2. Für mich ist es unverständlich, warum die politische Diskussion um die Zukunft des Ökolandbaus nur in kleinen Zirkeln besorgter Biobauern geführt wird, anstatt sie dahin zu tragen, wo sie fruchtbringend wirken kann: in die Köpfe der (potentiellen) Kundinnen und Kunden, die Bio-Nahrungsmittel nicht nur zur physischen Sättigung kaufen (wollen). Die Frage richtet sich auch an die Anbauverbände und ihre Mitarbeiter, denn sie sind Mitgestalter der Entwicklung.

Werden die ganzheitlichen Zusammenhänge von ökologischem Landbau und Handeln transparent und bewusst gemacht, wird es den Akteuren in Verarbeitung, Handel, Wissenschaft, Politik und Verbänden schwerer fallen, ihr Tun vordringlich nach Profitmaximierungsintessen auszurichten.

3. Unser großer Vorteil in der Praxis ist, dass wir unsere Überzeugungen nicht nur in Worten ausdrücken können. Nach wie vor ist die Direktvermarktung von Bioprodukten über Marktstände und Hofläden die überzeugendste Handelsvariante. Dieser Weg des direkten, regionalen Austauschs von Erzeugern und Verbrauchern muss konsequent verbessert und ausgebaut werden.

Durch überbetriebliche Kooperationen (Arbeitsteilung) zwischen den Betrieben in den Regionen müssen Rationalisierungsreserven ausgeschöpft werden, um auch auf der preislichen Ebene mithalten zu können. Auch auf der Vermarktungsseite sind effiziente Konzepte (Vollsortimente, Selbstbedienung, attraktives Ambiente, gute Lagen usw.) eine unabdingbare Voraussetzung für die Zukunftssicherung. In eigener Regie und in Kooperation mit dem Naturkosthandel und den Teilen des LEH werden wir uns das Vertrauen der Biokunden/innen trotz oder gerade wegen der Globalisierungstendenzen im Biomarkt erhalten können.

Dietmar Groß, Biobauer in Homberg/Elze und Vorstandsmitglied des Bioland-Landesverbandes Hessen, Thüringen, Sachsenanhalt



Die zwei Wege des Ökolandbaus: Regionale Ausrichtung mit Kontakt zu den Verbraucher/innen und die Ware für den großen Handel

interessant, wenn sich die erforderlichen Ausbringungstechniken lohnen. Damit kann dann ähnlich der Wirkung von verbotenem mineralischen Stickstoff unabhängig von der betriebseigenen Tierhaltung und der Fruchtfolgegestaltung eine Ertragssteigerung erzielt werden. Zwischen Ertragsniveau

Müller Milch lässt forschen

Unternehmen finanzieren für Bauern wertlose Wissenschaft

Der Wissenschaftsbetrieb an der Technischen Universität (TU) München, Außenstelle Weihenstephan, geht großen Veränderungen entgegen: Mit mehr als 110 Mio DM aus der High-Tech-Offensive Bayern sollen hier vier weitere Gebäude für neue Forschungseinrichtungen entstehen. Die Finanzierung von Professuren haben namhafte Industrieunternehmen aus der Agrar- und Chemieszene übernommen.

Mit der Molkerei Müller hat die bayerische Staatsregierung dabei einen Deal der besonderen Art vollzogen: Als Zusatzgeschenk, dass der Zuschlag beim Verkauf der bislang Staatlichen Molkerei Weihenstephan an ein Firmenkonsortium unter Leitung der Molkerei Alois Müller GmbH & Co. ging, musste Müller die Zusage geben, 8 Jahre lang eine Professur in Weihenstephan zu finanzieren. Forschungsfeld soll die „Anwendung biotechnischer Methoden bei der Nutztierhaltung“ sein. Der Bayerische Braubund hatte bereits für sechs Jahre eine Betriebswirtschaftsprofessur gestiftet. Der Spezial-Chemie-Konzern SKW Trostberg will ein Biotechnologiezentrum im benachbarten Freising bauen. Weitere Firmen, darunter Nestlé, haben Interesse am Forschungsbetrieb der TU bekundet.

Auslöser für die jüngsten Entwicklungen in Weihenstephan war die Entscheidung des bayerischen Wissenschaftsministers Zehetmair, ein „Life-Science-Center“ (Zentrum für Ernährungs-, Umwelt- und Gesundheitswissenschaften) in Weihenstephan zu errichten. Der Präsident der TU, Wolfgang A. Herrmann, begrüßt die-

se Entscheidung. Innovationen im Bereich der „Life Sciences“, die ohne Biotechnologie undenkbar seien, könnten zur Basis für einen langanhaltenden Wirtschaftsaufschwung werden.

Laut Gerhard Wenzel, Dekan der TU, wartet eine „wirklich forschungswillige Industriegruppe“ nun auf die Ideen der Wissenschaftler. Für den Alltag der meisten landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern werden die Forschungsergebnisse der von der Industrie gesponserten neuen Lehrstühle jedoch allein schon aufgrund der geringen Betriebsgröße nicht zu gebrauchen sein.

Bessere Chancen auf praxisrelevante Studien scheinen die Bio-Bauern zu haben. Es werde ein Lehrstuhl für Ökolandbau eingerichtet, denn, so der TU-Präsident Herrmann, es werde auch Regionen in der Welt geben, „wo der ökologische Landbau sehr wohl seinen Wert hat“, sagte er zur Süddeutschen Zeitung. Deshalb müsse sich die Wissenschaft auch darum kümmern, sonst „bleibt's eine Sache der Bibelforscher“.

Für Biobauer Hans Urbauer stellt der Ökolandbau-Lehrstuhl kein wirkliches Gegengewicht zum Forschungsschwerpunkt auf Biotechnologie und „grüner“ Gentechnik dar. „Die bayerische Regierung hat mit dieser Ausrichtung der Wissenschaftspolitik die derzeitige Form der Landwirtschaft in Bayern völlig aufgegeben“, meint er. Seiner Ansicht nach wird in Weihenstephan nicht für die Bauern geforscht, sondern nur für die Chemie.

Ute Hörcher

Wirbel um „Pseudo-Bio-Eier“

In der Naturkost-Szene gibt es derzeit einen Wirbel wegen des Verkaufs von sogenannten „Pseudo-Bio-Eiern“. Der Streit geht darum, ob wie bisher neben Bio-Eiern auch konventionelle Eier aus Freilandhaltung in den Naturkostläden verkauft werden sollen. Der Bio-Großhändler Dennree hatte zuletzt neben 3 Mio. Bio-Eiern zusätzliche 600.000 Eier aus konventioneller Freilandhaltung abgesetzt. Diese waren rund 10 Pfennig billiger, wurden aber in den Läden in vielen Fällen nicht sorgfältig gekennzeichnet. Nach dem Futtermittel-Dioxin-Skandal hat jetzt der Naturkostverband BNN den ihm angeschlossenen Naturkostläden den Verkauf konventioneller Eier untersagt. In der Haltung von Bio-Hennen setzten bisher die AGÖL-Richtlinien der Bioverbände die Maßstäbe, jetzt können Hennen auch nach den Vorschriften der

EU-Bio-Tierhaltungsverordnung gehalten werden. In der Vergangenheit wurden immer wieder Fälle bekannt, dass die Bio-Normen für Stallhaltung, Fütterung und Schnabelkürzen nicht eingehalten wurden. Das war zuletzt offenbar bei der Firma Vedder so, die deshalb von der Handelskette tegut ausgelistet wurde. Bei einigen Verbänden ist das Schnabelkürzen mittels Hitze nicht ausdrücklich verboten. Dieser Eingriff soll dem Kannibalismus bei Hühnern vorbeugen, der besonders in großen Beständen zum Problem werden kann. Ein Sprecher der hessischen Bioland-Geflügel-Erzeugergemeinschaft bedauerte es, dass manche Verbände „mit Ausnahmegenehmigungen den Weg für die großen Eierproduzenten frei machen“ - denn „damit fallen wir mit unseren strengen selbstgeschaffenen Regeln am Markt hinten runter“. en

KURZES AM RANDE

Keine Hinweisschilder auf Hofläden?

Hinweisschilder auf Hofläden dürfen außerhalb von Ortschaften an Landes- und Bundesstraßen nicht aufgestellt. Mit dieser Aussage reagierte der niedersächsische Wirtschaftsminister Fischer auf eine Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Behr. Das Stader Straßenbauamt hatte Direktvermarkter zuvor aufgefordert, entsprechende Schilder abzubauen und damit eine Protestlawine losgetreten. Der Abgeordnete Behr wies darauf hin, daß vorbeifahrende Passanten nur über Hinweisschilder von der Existenz der Hofläden erfahren könnten. en

Naturalien gegen Gebühren

Mit Naturalien hat der Schweizer Bauer Peter Lehmann seine Schulden beim Bau- und Umweltamt Thurgau bezahlt. Er lud mehrere hundert Kilo Eier, Honig und Gemüse vor dem Regierungsgebäude ab, um seine Gebühren in Höhe von 600 DM zu begleichen. Die Behörde verkaufte die Lebensmittel auf einem improvisierten Basar an die Beamten. Auch eine Form von Direktvermarktung. en

Kuhglocken-Klangkunst

„180 Kühe“ heißt eine Klanginstallation der Schweizer Künstlerin Susanna Niederer. Im Wiesbadener Museum hat sie 180 Bronzeglocken aufgehängt, so daß es im Museumsfoyer wie auf einer bayerischen Alm klingt. en



„Acker-Gliding“ in althergebrachter Form.

Foto: Jasper

Acker-Gliding

Auf einem Teppich über den Acker gleiten können die Feriengäste auf dem Hof Rothfos in Pfingstberg bei Plön. Als immer mehr Kinder auf dem Trecker mitfahren wollten, kam Bauer Rothfos die Idee zum „Ackergliding“: Hinter dem Trecker schleppt er eine Eigenkonstruktion aus altem Förderband, Kunstrasen, zwei Rädern und einem Volleyballnetz über das Gras. Ein Dutzend Kinder kann sich darauf an ausgedienten Feuerwehrschräuchen festhalten. Und wenn einer doch runterfallen sollte, fällt er weich auf das Gras. Auch die Versicherung steht voll hinter diesem Spaß hinterm Trecker. en

Gut gesagt

„Letztlich geraten mit der neuen Gentechnologie die Anbauer zunehmend in Abhängigkeit und der freie Zugang zum gemeinsamen Menschheitserbe, den genetischen Ressourcen, wird weiter eingeschränkt. Es erscheint zynisch, dass ausgerechnet „Life-Science-Firmen das primäre Merkmal des Lebens, die Reproduktion, beschränken wollen. „Unser tägliches Brot gib uns heute“- dieses Gebet darf niemals an einen Saatgutkonzern gerichtet werden müssen.“ (Klaus Wiegand“ in der Fachzeitschrift „Gemüse“)

Hähnchen-Gleichverteilung

Auf eine bizarre Art wollen Agrarindustrielle auf die beengten Verhältnisse in den Masthähnchen-Ställen einwirken, wo die Tiere eng zusammengepfercht leben müssen. Laut DLG-Mitteilungen sollen Kameras erfassen, wo Masthähnchen zu eng aufeinanderdrücken und sich dabei verletzen können. Ein Computer soll dann die Tiere durch Veränderung der Beleuchtung gezielt auseinanderbringen. en

Hanf im Glück – 400 ha gesucht

Erzeugergemeinschaft sucht 400 Hektar für Vertragsanbau in Ostwestfalen. Abnahme gesichert. Ernteprobleme für Faser-Hanf gelöst. EU-Kommission will Förderpraxis ändern

Schrecken der Schnecken

Britische Wissenschaftler haben einen kleinen Roboter gegen die gefürchteten Nachtschnecken entwickelt (laut Spiegel: „Schrecken der Schnecken“). Das Gerät gleicht einem Spielzeugauto, es spürt die Schnecken mit einem optischen Sensor auf und kann sie mit seinem langen Greifarm packen und in einen Fülltrichter heben. Dort werden die Beutetiere in einer Fermentationskammer in Biogas und elektrische Energie verwandelt, wodurch die Batterien aufgeladen werden. Praktische Anwendung erwartet man in großen Salatbeeten und in Winterweizen-Feldern.

Für die Aussaat im Frühjahr 2000 sucht die Erzeugergemeinschaft für Faser- und Ölpflanzen noch Landwirte, die Hanf anbauen wollen. Nachdem die Erzeugergemeinschaft in ihrem ersten Geschäftsjahr 1999 den Vertragsanbau von 200 Hektar organisiert und durchgeführt hat, ist für die diesjährige Aussaat eine Verdopplung der Anbaufläche auf 400 ha eingeplant.

Zufriedener Abnehmer

Der Vertragspartner der Erzeugergemeinschaft, die Firma Möllerplast (Bielefeld), äußerte sich im Dezember sehr zufrieden über die Qualitäten, die im Anbaujahr 1999 erzielt werden konnten. Bei der Firma Möllerplast stehen zur Zeit die Aufbereitungstechnik und die Qualitätssicherung des Hanfstrohs im Mittelpunkt der Projektarbeiten. Ab Frühjahr 2000 werden in der neu errichteten Faseraufschlussanlage in Kalletal (Kreis Lippe/Ostwestfalen) die Hanfrohstoffe Fasern und Schäben gewonnen. Für beide Rohstoffe konnten durch die Firma Möllerplast Produktions- und Produktpatente angemeldet und erteilt werden, die die

Anlagentechnik und Verarbeitungsprodukte betreffen. Durch die Patente eröffnen sich Möglichkeiten für neue Anwendungsmöglichkeiten bei Werkstoffen.

Gelöste Probleme

Auf den Hanfflächen in Westfalen-Lippe konnten 1999 Erträge von 9 - 12 t/ha Hanfstrohertrag erzielt werden. Das sonnige Wetter in der zweiten Augushälfte ermöglichte in kurzer Zeit die Feldtrocknung, so dass es 1999 kein Problem darstellte, die vertraglich vorgegebenen Trockensubstanzgehalte von 82 % und mehr zu erreichen. Die Strohpreise im Rahmen des Anbauvertrages 1999 sind über das Jahr gestaffelt von 100 DM/t direkt vom Feld bis 150 DM/t bei Einlagerung bis Juli. Etwa 10 % der Ernte liegen zur Zeit bei der Firma Möllerplast zur Verarbeitung bereit. Der Rest wurde bei den Landwirten eingelagert. Aufgrund der Investition in spezielle Erntetechnik seitens des Lohnunternehmers Karl-Heinz Fritze (Hövelhof) kann man die Ernteprobleme beim Ziel Fasernutzung für das Jahr 2000 als gelöst betrachten.

Erstverarbeiter verfügte. Im aktuellen Reformvorschlag der EU-Kommission wird diskutiert, die Beihilfe für Faserpflanzen in eine Erzeuger- und eine Verarbeitungs-



Aus Hanfstroh nützliche Fasern zu gewinnen, ist kein Problem mehr. Foto: Hartmann

Anzeige

Die Erzeugergemeinschaft für Faser- und Ölpflanzen zur technischen Verwertung

sucht für das Anbaujahr 2000

Landwirte, die Nutzhanf anbauen wollen.



Insgesamt werden 400 ha Hanfanbau unter Vertrag genommen.

Wir bieten:

- Beratung bei Anbau, Beerntung und Antragsverfahren
- Die gemeinsame Beschaffung des zertifizierten Saatgutes
- Schnitttechnik ist über Lohnunternehmer vorhanden
- Anbauerfahrungen seit 1996
- Vertragsvermittlung mit einem durch die BLE anerkannten Erstverarbeiter

Anbauvoraussetzungen:

- Sie sind Landwirt im Sinne der GAL
- Sie verfügen über Anbauflächen in Ostwestfalen
- Sie haben Lagerungsmöglichkeiten
- Sie sind Mitglied in der Erzeugergemeinschaft

Anbauanmeldungen und Rückmeldungen werden bis zum 15.2.2000 erbeten.

Weitere Informationen:

Daïke Lohmeyer, Projektbüro Hanf, Do. u. Fr. von 8.00 – 17.00 Uhr, ☎ 02945-989-202, Fax: 02945-989-133

Die Vertragsverhandlungen, die zur Zeit zwischen dem Vorstand der Erzeugergemeinschaft und dem Erstverarbeiter stattfinden, umfassen Neuregelungen beim Transport und die Preise für das Stroh im neuen Anbaujahr. Ziel der Landwirte ist es dabei, die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens „Hanfbau“ (1999: Deckungsbeiträge von ca. 1.000 DM/ha) zu verbessern.

Neues Problem: EU-Kommission

Überschattet werden diese Verhandlungen aktuell von Änderungsvorschlägen der EU-Kommission, die die Beihilferegulierung des Hanfbaus betreffen. 1999 betrug die Beihilfe zum Anbau 1.292 DM/ha. Dabei war Voraussetzung, dass man über einen Vertrag mit einem anerkannten

beihilfe aufzuteilen. Dabei soll die Erzeugerbeihilfe sukzessive an das Getreideniveau angepasst werden. Gleichzeitig soll eine qualitätsorientierte Verarbeitungsbefähigung eingeführt werden. Zusätzlich ist eine Kontingenzlösung in der Diskussion, um den EU-Haushalt zu stabilisieren. Alle diese Vorschläge tragen in dem Entwurf dazu bei, dass die Bürokratie rund um den Hanfanbau noch komplizierter wird. Daher stößt der zur Zeit vorliegende Entwurf aus unterschiedlichsten Gründen in den betroffenen EU-Ländern auf Ablehnung.

Seitens Möllerplast wie auch anderer Erstverarbeiter von Hanfstroh wird angesichts der aktuellen politischen Diskussion signalisiert, dass Kürzungen bei der Beihilfe über Preissteigerungen aufgefangen werden. Denn aufgrund der Einführung einer Altagoverordnung auf europäischer Ebene gibt es derzeit viel Bewegung bei der Entwicklung und beim Einsatz von Werkstoffen in der Automobilindustrie. Hier entwickeln sich neue Märkte für land- und forstwirtschaftliche Rohzeugnisse, und die Firmen, die jetzt am Markt tätig sind, sind auf eine kontinuierlich Versorgung angewiesen. Am Hanfanbau interessierte Landwirte können sich direkt beim Zentrum für nachwachsende Rohstoffe oder im Projektbüro Hanf im LZ Haus Düsse bei Daïke Lohmeyer, ☎ 02945-989-202, Fax: -133, oder bei Hans-Bernd Hartmann, ☎ 02945-989-195, über Verträge und über die Beihilfesituation informieren.

hbh

Eine Brücke steht in unserem Dorf ...

Verspottet, verschmäht, belächelt, gehasst: der Brückentorso zwischen Frohlinde und Schwerin in Castrop-Rauxel.

Auch heute noch wird Bauer Wilhelm W. aus Frohlinde tagtäglich mit dem Anblick des hässlichen Souvenirs aus seinem 10-jährigem Rechtsstreit gegen den Landschaftsverband Westfalen-Lippe konfrontiert. Gebaut wurde der Brückentorso in den späten 70er Jahren mitten in das zu der Zeit laufende Verfahren vor dem Verwaltungsgericht, sozusagen als Provokation oder Einschüchterungsmaßnahme gegen Wilhelm W.

Streitpunkt 1,5 ha

Begonnen hatte die Sache 1974, als der Landschaftsverband mit der Enteignung von Bauern für den Bau einer Umgehungsstraße begann. Doch Bauern, Landbesitzer und einige Anwohner der geplanten Straße stellten sich zur Wehr. Von den ursprünglich acht durch den Bau unmittelbar betroffenen Landwirten, die damals Einwendungen erhoben, blieben später nur zwei Bauern übrig. Eine Schlüsselrolle kam dabei Wilhelm W. zu, der den Landschaftsverband Westfalen-Lippe verklagte. Zum damaligen Zeitpunkt verfügte er über einen Betrieb in Dorflage mit 10 ha eigenem Land und 3 ha Pachtland. Der Frohlinger Bauer im Alter von 38 Jahren, verheiratet, 3 kleine Kinder, sah sich als Ruhrgebietsbauer durch die Abgabe der 1,5 ha, die der Landschaftsverband für den Bau der Umgehungsstraße von ihm forderte, in seiner Existenz bedroht. Seine Flächen lagen, bis auf eine kleine Hausweide, auch damals schon allesamt weit über Frohlinde und die umliegenden Dörfer verteilt. Landtausch und Landzukäufe waren bereits zu jenem Zeitpunkt so gut wie abgeschlossen.

Auch für die Töchter

Heute, räumt er ein, würde er vielleicht anders handeln, da keine seiner nun erwachsenen Töchter in der Landwirtschaft arbeitet und er selbst fast das Rentenalter erreicht hat. Aber in den 70er Jahren wollte er seinen Töchtern die Entscheidung, den Hof weiterzuführen, nicht nehmen. Daher lehnte er auch das Angebot ab, seine Scholle gegen eine Ersatzfläche zur Pacht in 10 km Entfernung einzutauschen.

Vor der ersten Instanz, dem Gelsenkirchener Verwaltungsgericht verlor er erwartungsgemäß. Der Fall ging zum Oberverwaltungsgericht nach Münster, wo das Revisionsverfahren abgelehnt wurde. Doch auch durch die zweite Niederlage ließ sich der Bauer aus Frohlinde nicht

vom Weg abbringen. Er kämpfte weiter, bis er 1983 zum Bundesverwaltungsgericht nach Berlin fuhr. Der zuständige Richter fand Verfahrensfehler im Münsteraner Prozess und wies die Akte zurück. Das Verfahren musste wieder aufgerollt werden. Für den Richter in Münster war das ein Schlag ins Gesicht. Nicht ausgeschlossen, dass er auch deshalb zum nächsten und letzten Prozesstermin im Urlaub war und sich vertreten ließ.

Recht bekommen

Nach 10 Jahren Streit ist Wilhelm W. schließlich zu seinem Recht gekommen. Das Durchhaltevermögen des Bauern ist auch der gründlichen Arbeit des Rechtsanwalts zu verdanken, dem, als Anwohner der geplanten Straße, ein gewisses Eigeninteresse nicht abzusprechen ist.

Der Brückentorso, der in Castrop-Rauxel schon während des Rechtsstreits für allerhand Zündstoff sorgte, ist bis heute ein viel diskutiertes Thema geblieben. So wurde er einmal von den Grünen „besetzt“, die seine Demontage forderten. Ein anderes Mal wurde er zum Aufhänger eines Aprilscherzes. Einmal jedoch kam es zu einem tragischen Unfall, bei dem ein Autofahrer getötet wurde. Abgesehen von aller Diskussion um das „Stadttor“ ist es sehr fraglich, ob die Brücke, falls doch irgendwann mal die umstrittene Straße abgeschlossen würde, breit genug ist, da sie laut Aussagen von Fachleuten, nicht nur außerordentlich hässlich, sondern zudem nach heutigen Gesichtspunkten zu schmal ist, da sie auf der darunterherfüh-



Foto: Burmann

renden Straße keinen Radweg zulässt.

Doch mit der Demontage des Brückentorso ist nicht zu rechnen. Der frühere Landesverwaltungsdirektor Paul Lendermann: „Was fertig ist, fällt unter Bestandschutz.“

Alexandra Burmann

Anzeige

Neues vom

Feld

der Ähre.

Berichte aus Landwirtschaft und Forsten, aus Umwelt und Natur.
Montags - freitags 11.35 Uhr,
samstags 11.50 Uhr.

Deutschlandfunk
Das Informationsprogramm

Service-Nr.: 0180-337 23 46; Kabelfrequenzen: 08 00-330 05 55; ARD/ZDF Videotext: Telefon 830-637; www.radios.de

Und deutsche Zwangsarbeiter?

Leserbrief zum Kommentar von Eckehard Niemann: „Greta und Watzek“ in Bauernstimme 12/99

Der Kommentar von Eckehard Niemann hat mir aus der Seele gesprochen. Ich möchte ihm in allen Punkten beipflichten. Auch auf dem Bauernhof meiner Eltern in Kärnten haben in der Kriegszeit drei Zwangsarbeiter aus Polen gearbeitet. Sie wurden in jeder Hinsicht wie meine älteren Geschwister behandelt. Die Einnahme der Mahlzeiten am gleichen Tisch, die Versorgung mit Kleidern und Schuhen und die Einhaltung der sonntäglichen Ruhe hatte für diese drei Personen genauso Gültigkeit wie für die eigenen Familienangehörigen.

Bei einem Nachbarn hatten es die Zwangsarbeiter wesentlich schlechter. Sie mussten im Stall schlafen, und mit der Verpflegung soll es auch nicht zum Besten gestanden haben. Der Herr des Hauses war in diesem Fall alles andere als ein Nazi. Er spielte den Frommen und war in der Zeit, als die klerikale Faschisten in Österreich regierten (bis zum Anschluss Österreichs an das deutsche Reich im Jahre 1938) sogar Bürgermeister der Gemeinde. Ich will damit nur feststellen, dass es bei der

Behandlung der Zwangsarbeiter von Betrieb zu Betrieb und von Familie zu Familie große Unterschiede gab, unabhängig von der politischen Einstellung der betreffenden Personen.

Ich stimme Herrn Niemann auch in der Entschädigungsfrage für Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft voll überein. Er hat allerdings offen gelassen, wie diese Entschädigung abgewickelt werden soll. Ich kann mir auch vorstellen warum: 1. dürfte es sehr schwer sein, nach über 55 Jahren noch genau festzustellen, wer auf welchem Betrieb wie lange gearbeitet hat. 2. dürfte die überwiegende Mehrheit der damaligen Zwangsarbeiter schon verstorben sein. 3. stellt sich die Frage, ob von deutschen und österreichischen Bauern geleistete Zahlungen überhaupt bei den noch lebenden Anspruchsberechtigten ankommen würden. Aus Erfahrung weiß man, dass ein Großteil von Wiedergutmachungszahlungen auf Nimmerwiedersehen in dunklen Kanälen verschwanden. Was Herr Niemann nicht angesprochen hat ist die Entschädigung für

deutsche Zwangsarbeiter während und nach dem 2. Weltkrieg. Es dürfte doch allgemein bekannt sein, dass deutsche Volkszugehörige gegen Kriegsende und v.a. nach dem Krieg in den Ländern Polen, CSSR, Jugoslawien, Russland, aber auch in verschiedenen Ländern der westlichen Besatzungsmächte, als „Freiwild“ ohne jedes Recht auf menschliche Behandlung behandelt wurden. Ob jemand während der Kriegszeit Schuld auf sich geladen hatte spielte dabei keine Rolle. Die deutsche Volkszugehörigkeit reichte aus, um wie ein Verbrecher behandelt zu werden. Millionen Deutsche, Männer, Frauen, Kinder mussten, sofern sie nicht auf der Flucht er-

mordet wurden, bis in die 50er Jahre in Rußland Zwangsarbeit leisten. Nur wenige kehrten aus den berüchtigten Todeslagern zurück.

Die russischen, polnischen und anderen Zwangsarbeiter konnten für die Verfolgung und Drangsalierung der Deutschen nach dem Weltkrieg sicher nichts dafür. Aber sollte man bei der Behandlung des Themas Zwangsarbeit nicht auch an diese Menschen denken? – Ein eindeutiges Ja zu Entschädigungen für tatsächlich Geschädigte, aber bitte auch dann, wenn es sich um Deutsche handelt. Und für Schäden müssen natürlich jene aufkommen, von denen diese verursacht wurden. Kurt Possegger, 41469 Neuss

Akzeptanz wecken!

Leserbrief zum Strukturwandel in der Landwirtschaft

Wie soll der stellvertretende Kabinettschef des EU-Agrarkommissars Fischler, Herr Rudolf Strohmeier, für Landwirte etwas bewegen. Er ist meilenweit von der bäuerlichen Landwirtschaft entfernt, wie er mit seiner Aussage beweist: „Beamte und Handwerker können ihren Arbeitsplatz auch nicht vererben.“

Landwirte erhalten Lebensräume für alle Menschen. Wir leben in einem sehr dichtbesiedelten Industrieland und können nicht landwirtschaftliche Nutzfläche zur Gewinnmaximierung um den Erdball tragen und dort niederlassen, wo kostengünstiger und gewinnorientierter gewirtschaftet werden kann. Wir vererben keinen Arbeitsplatz, sondern Grund und Boden zum Nutzen aller!

Es ist ein nicht mehr gutzumachender Fehler, in den Strukturwandel und die Globalisierung auch die Landwirtschaft miteinzubeziehen. Was wir vielmehr dringend brauchen, ist ein Strukturwandel in den Köpfen. Wir müssen neue Türen öffnen, um für Sympathien

in der Bevölkerung zu werben. Ich meine, es ist nicht so wichtig, gross zu werden wie der Wettbewerb es angeblich verlangt, sondern einen Wert in der Welt zu bekommen. Landwirtschaft muss von der Bevölkerung akzeptiert werden.

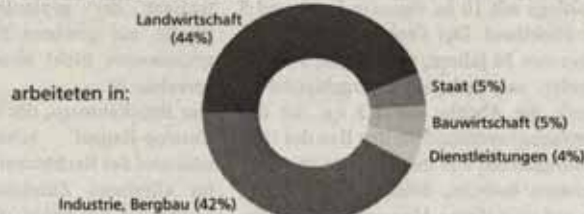
Aber um diese Akzeptanz zu erlangen, brauchen wir eine Identität. Wir müssen wieder bei den Verbrauchern an den Tisch kommen, ohne unseren Hof zu verlassen. Wir müssen unsere Arbeit und unser Berufsbild positiv darstellen und nicht von anderen verstellen lassen. Zu diesem Zweck habe ich das RME-Projekt gegründet, um damit für die Landwirtschaft zu werben. RME steht für Regionale Milcherzeuger und ist ein geschütztes Markenzeichen „Aus Liebe zum Land“. Mittlerweile laufen bereits Radiospots, die die Bevölkerung aufwecken sollen. Das alles wird aber nur gelingen, wenn viele mithelfen. Rufen Sie mich an: ☎ 0172-3408591.

Walter Hinrichs, 74747 Ravenstein

190.000 Zwangsarbeiter aus Konzentrationslagern und Arbeitererziehungslagern



1.305.000 weitere Zwangsarbeiter



Quelle: Dr. Sporer, Uni Hohenheim, nach dpa

Zwangsarbeiter der Landwirtschaft

Otto Graf Lambsdorff, Verhandlungs-Beauftragter der Bundesregierung in Fragen der Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter, nannte im September andere Zahlen als in der Grafik angegeben. Es gebe etwa 250.000 „Sklavenarbeiter“ (KZ- und Arbeitererziehungslager) und 475.000 unter Haftbedingungen eingesetzte Zwangsarbeiter. Die 500.000 – 600.000 Männer und Frauen, die zwischen 1939 und 1945 aus osteuropäischen Staaten rekrutiert und auf deutsche Höfe und Gutsbetriebe verteilt wurden, zählt Lambsdorff nicht zu den entschädigungswürdigen. Lambsdorff hatte die vor allem aus Polen stammenden Landarbeiter/innen mit den heutigen Saisonarbeitskräften aus Osteuropa verglichen und ihre Zwangsarbeit als „natürliche historische Erscheinung“ bezeichnet. Das hatte vor allem in Polen zu heftigen Protesten geführt. Die Proteste haben jedoch nicht erreicht, dass die Betroffenen nun im Rahmen der Stiftungsinitiative auf Entschädigungsleistungen hoffen könnten.

Ihnen wird weiterhin nur das zuteil, was die jeweiligen Staaten aus der noch von der Kohl-Regierung gegründeten „Versöhnungstiftung“ erhalten und weiterleiten – wie es heißt: umgerechnet maximal 500 DM.

Die deutsche Landwirtschaft beteiligt sich nach wie vor nicht an der Stiftungsinitiative, der sich Mitte Dezember 130 Firmen angeschlossen hatten. Auch eine Auseinandersetzung mit den Geschehnissen auf den Höfen findet – zumindest in der Agrarpresse – nicht statt.

Über die Lebenssituation von in der Landwirtschaft zwangsarbeitenden Menschen siehe auch Bauernstimme 4/99, S. 6

Gendarstellung zu „Bio-Schweine...“

Gendarstellung der Bioland GmbH Nord zum Leserbrief „Bio-Schweine billig, nicht knapp“ in Bauernstimme 1/2000

Es ist bedauerlich, dass sich der Preis für Bio-Schweine in den letzten Jahren tendenziell nach unten entwickelt hat. Sicherlich hat hier auch die negative Preisentwicklung bei konventionellen Schweinen eine beträchtliche Rolle gespielt. Andererseits werden Preise durch Kundenanforderungen und den Wettbewerb bestimmt.

Grundsätzlich haben wir zu den im ersten Teil des Leserbriefes gemachten Ausführungen nichts einzuwenden, und wir können die Verärgerung der Erzeuger verstehen, die sich auf die Haltung alter Rassen spezialisiert haben.

Gleichzeitig ist seitens des Marktes das Anforderungsprofil an Qualitätsfleisch einhergehend mit der Einführung von Preismasken auf Basis der Handelsklassen-Verordnung und der Präferenzierung bestimmter Rassen gestiegen. Leider werden die von Erzeuger Thiesen genannten alten Rassen (Angler Sattelschwein, Schwäbisch Hallische, Bunte Bentheimer) nicht bevorzugt und schon gar nicht, wenn es sich um extrem fette Schweine handelt. Diesen Zwängen kann sich kein Handelsunternehmen, das erfolgreich im Markt bestehen will, entziehen.

Darüber hinaus bleibt festzustellen, dass für bessere Qualitäten auch bessere Preise auf Basis der Preismasken für Magerfleischanteile erzielt werden können, jedoch für fette Schweine bzw. extrem fette Schweine keine Nachfrage besteht und hier teilweise sogar nur noch konventionelle Preise gezahlt werden.

Für uns aber unverständlich ist die namentliche Nennung von Preisen und Unternehmen im Zusammenhang mit der Einführung von Preismasken. Das wäre genau so, als ob wir in einem Leserbrief Schlachtergebnisse eines einzelnen Erzeugers öffentlich diskutieren würden. Hier muss zwangsläufig der Eindruck entstehen, als ob wir allein verantwortlich sind für Preis- und Qualitätsentwicklungen am Markt. Auch wir sind abhängig von Angebot und Nachfrage, d.h., dass wir auf die Wünsche unserer Kunden reagieren müssen. Es ist sicherlich richtig, dass extrem fette Schweine immer mal anfallen. Übersteigt die Anzahl dieser Tiere aber einen gewissen Prozentsatz, so wird es schwierig, dieses dem Kunden gegenüber zu vertreten und diese Tiere zu vermarkten. Dieses gilt sicherlich nicht nur für uns, sondern auch für alle anderen Erzeugergemeinschaften oder Handelsunternehmen, die Biofleisch vermarkten. Es ist schade, wenn ein Erzeuger, der als Fremdlieferant über uns Schweine vermarktet und in der Vergangenheit von relativ guten Auszahlungspreisen für fette Schweine profitierte, ein gewisses Maß von Neutralität vermissen lässt, zumal die genannte Preismaske nicht mehr aktuell ist und seine Rassen auch von seiner eigenen Erzeugergemeinschaft nicht bevorzugt werden.

Peter Wolfahrt,
Geschäftsführer Erzeugergemeinschaft
Bioland GmbH Nord, 31515 Wunstorf



Auch bei Bio-Schweinen ist auf eine gewisse Diät zu achten, denn bei der Abrechnung nach Schlachtung zählt für „Biotiere“ ebenso wie für Tiere aus konventioneller Mast: der Magerfleischanteil sollte deutlich über 50 % liegen. Das Nachsehen haben dabei Schweinerassen, die von Natur aus mehr Fett ansetzen. Foto: Hasemeier-Reimer

Schönes Landasyl

Ich bin sehr ländlich aufgewachsen, dann aber aus beruflichen Gründen in die Stadt gezogen. Mein Großvater prophezeite mir als Kind immer, ich würde einmal einen großen Bauern heiraten. Das schien mir damals wenig verlockend ob der vielen Arbeit, die auf einem Hof anfällt. Heute bin ich mit einem Beamten verheiratet, freue mich aber sehr darüber, dass es noch genug nette Bauern in meiner näheren Umgebung gibt, die mir ab und zu Landasyl gewähren.

Zum Beispiel Heinrich und Waltraud: Sie haben einen kleinen Biohof im Münsterland, wo noch jede Menge Handarbeit anfällt. Vor drei oder vier Jahren erzählte ich ihnen von meinen positiven Erinnerungen an die Kartoffelernte, von dem Erfolgserlebnis, das man hat, wenn abends die Säcke voll gesammelter Kartoffeln auf der Deele stehen; von den guten Gesprächen, die man führen kann, während man auf den Knien über die duftende Erde rutscht und mit den Händen nach den begehrten Knollen wühlt.

Da bei derartigen Unternehmungen Hilfe immer sehr willkommen ist, beschlossen wir, eine Kartoffelaktion zu starten. Über die örtliche Presse luden wir Groß und Klein zum Mitmachen

ein – Essen, Trinken und anschließendes Kartoffelfeuer inklusive. Die Resonanz war groß, so groß, dass wir in diesem Jahr drei Feldtage hintereinander geplant haben.

Eine ganze Horde Kinder aller Altersstufen, aber auch viele Mütter, sogar eine Oma und ein Opa,



... aus dem Münsterland

die alle gute Erinnerungen an vergangene Erntezeiten hatten, stürmten das Feld. Heinrich war erstaunt, dass schon nach einer Stunde die Kartoffeln, die uns den ganzen Nachmittag beschäftigen sollten, alle auf dem Hänger lagen.

So hatten wir denn mehr Zeit für das Kartoffelfeuer! Direkt neben dem Feld hat Heinrich ein kleines Waldstück, wo es gute Sitzmöglichkeiten auf umgestürzten Baumstämmen gibt und wo es einigermaßen windstill ist. „Kinder, ihr wisst ja, dass Feuermachen im Wald strengstens verboten ist. Aber in meinem Wald tun wir heute mal etwas Verbotenes.“ Nach Heinrichs mahnenden Worten versuchten alle, mit Feuereifer auf dem feuchten Waldboden ein Feuerchen zu entzünden.

Feuerholz musste gesammelt werden, es gab Saft und selbstgebackene Rosinenbrötchen, und mit einiger Geduld wurden endlich auch die räckgewürzten, knusprigen Kartoffeln aus der Glut geangelt. Welch ein Vergnügen! Keine gelangweilten, quengligen Kinder, entspannt plaudernde Erwachsene und am nächsten Tag waren alle wieder zur Stelle.

Ein beeindruckender Kontrast: Auf einem Nachbarfeld in Sichtweite ratterte zur gleichen Zeit der Kartoffelvollernter. Dort die von wenigen Erwachsenen begleitete Maschine, hier der Pulk von Leuten, die alle mit ihren Körben über das Feld wuselten. Irgendwann stoppte dann ein rotes Auto am Feldrand und ein älterer Herr stieg aus. „Das ist ja nicht die Möglichkeit! Wo leben wie denn? Wie kann man denn heute noch mit solch vorsintflutlichen Methoden Kartoffeln ausmachen, dafür gibt's doch längst schon Maschinen!“

Wir saßen neben unseren Kartoffelkörben und haben uns vor Lachen den Bauch halten müssen. Von wegen Maschinen, da wären wir ja alle arbeitslos; und ein Kartoffelfeuer macht doch erst richtig Spaß, wenn man sich vorher auch ein bisschen angestrengt hat!

Eine Erntehelferin (39 Jahre) erzählt ...

LESE-BUCH

TIP

700 Ackerunkräuter

Etwa 700 Ackerunkräuter bzw. Ackerwildkräuter gibt es in Europa, ungefähr 300 allein in Deutschland. Nur etwa zehn Prozent davon haben als Massenunkräuter eine größere wirtschaftliche Bedeutung. Für eine gezielte Bekrautregulierung und auch für eine Schonung ökologisch wertvoller Wildpflanzen ist das richtige und frühzeitige Bestimmen wichtig. Die 4. Auflage des Standardwerks „Ackerunkräuter Europas“ zeigt diese Begleiter des Ackerbaus auf 1.500 Farbphotos sowohl Keimlingsstadium als auch als ausgewachsene Pflanze mit Samen. Übersichten erleichtern bei jeder Familie die Unterscheidung nach Merkmalen wie Wuchs, Blüte, Blättern. Eine gute Hilfe bei der Bestimmung sind auch die Hinweise zu Aussehen und die Verbreitungskarten. Ausführungen zur Unkrautkunde und zu Ackerwildkrautgesellschaften runden das Werk ab. von Martin Harf: Ackerunkräuter Europas. BLV-Verlag, München, 1999, 496 Seiten, Beihft, 98 DM. Zu bestellen im ABL-Verlag.

Das andere Kuhbuch

Kurz und knapp, in locker-unterhaltsamer Stil beschreibt der kuh-verliebte Tierarzt Dr. Brackmann alles, was der kuh-interessierte Laie von den Rindern und von 40 europäischen Rinderrassen wissen sollte. Und weil „Kulturdenkmäler“ wie die Kühe nicht wirklich durch Milch- und Mastleistungsdaten oder allein durch Fellfarbe oder Hornform beschrieben werden können, legt der Autor besonders großen Wert auf die Kulturgeschichte des Rindviehs und der verschiedenen Rassen. Information und Lesespaß werden noch verstärkt durch 40 anschauliche Kuhporträts und witzige Zeichnungen. von Michael Brackmann: Das andere Kuhbuch. 176 Seiten, Landbuch-Verlag, Hannover, 1999, 39,80 DM. Zu bestellen im ABL-Verlag.

Lebensmittel durch Gentechnik?

Das Buch dokumentiert die Referate und Diskussionen eines Seminars der Interdisziplinären Gesellschaft für Umweltmedizin in Göttingen. Die Referenten kamen aus den Fachdisziplinen Theologie, Philosophie, Biochemie, Ökonomie und Medizin, wobei ethische und weltanschauliche Fragen deutlich im Mittelpunkt standen. von Hartmut Dunkelberg (Hrsg.): Lebensmittel durch Gentechnik? Verlag Haag + Herchen, Fichardstr. 30, 60322 Frankfurt, 1999, 138 S., 24,80 DM. Zu bestellen im ABL-Verlag.

EU-Verordnung Ökologische Tierhaltung

Durch die Ergänzung der Europäischen Verordnung über ökologischen Landbau ist nun auch der Bereich der Tierhaltung und tierischen Erzeugnisse gesetzlich geregelt. Das Umwelt- und Landwirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen hat die neuen gesetzlichen Bestimmungen in einem kostenlosen Heft abgedruckt und vor allem durch ausführliche Texte erläutert. Genannt werden z.B. auch zu den wichtigsten Einzelvorschriften Beispiele für Haltungssysteme, die der Verordnung entsprechen. Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft NRW (Hrsg.): Ökologische Tierhaltung nach Verordnung (EG) Nr. 1804/1999. 58 S. Zu beziehen beim MURL, Öffentlichkeitsreferat, Schwannstraße 3, 40476 Düsseldorf, Fax: 0211-4566-456



Agenda 2000: Entwicklungspolitische Bewertung

In einer Studie der Nichtregierungsorganisation Germanwatch e.V. analysiert die Autorin Martina Schaub (Handelsreferentin bei Germanwatch) die internationalen Rahmenbedingungen für den Agrarhandel, die Rolle der EU, Chancen und Risiken für die Entwicklungsländer, an diesem Handel teilzuhaben und ihre Ernährungssicherung zu gewährleisten. Eingegangen wird auch auf die Frage, inwieweit die Agenda 2000 kompatibel ist mit den WTO-Regeln. Germanwatch e.V., Budapest Str. 11, 53111 Bonn (Hrsg.): Agenda 2000: Entwicklungspolitische Bewertung der Agrarreform. 40 S., 8,00 DM

Widerstand in Eckernförde

Ein Hörbuch über die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts in der vermeintlichen Kleinstadtdylle an der Ostseebad

Sommer, Sonne, Sand und Ferien, das sind meine Verbindungen zur Ostsee. Denn dorthin sind wir in den 60er und 70er Jahren als Kinder mit Sippe von Lübeck, später von Hamburg aus ins Wochenende oder in den Urlaub gefahren. Gleichzeitig mit meiner Kinderzeit holt mich jetzt die meines Vaters bzw. meiner deutschen Großeltern wieder ein und zeigt ein ganz anderes Bild von der Heimat meiner Kindheit.

Ein nächtlicher Anruf eines Freundes aus dem Norden, bei dem ich sehr schnell wieder hell wach wurde, versprach er doch wieder mal Schätze für's Ohr: Eine Hörbuchbesprechung – ob ich die machen würde. Allein die Sprache, meinte er, müsste mich doch interessieren: Plattdeutsch. Es ging um Eckernförde und seine Widerständler. Lebendige Geschichten aus der Zeit des Kapp-Putsches 1920 (schon mal was davon gehört?) und vor allem aus den 30er und 40er Jahren. – Ich sagte zu... Für die Autorin des Hörbuches war „Stein des Anstoßes“ ein Gedenkstein in Borby für die Gemordeten jener Zeiten. Astrid Matthiae hat sich auf die Suche gemacht nach Zeitzeugen, die aus jenen Tagen berichten konnten und – noch wollten. Sie fand sie und verlor sie zum Teil auch wieder. So etwa dem Dänen, der sie auf den Stein aufmerksam machte und meinte, dass wir mit den Nazis viel zu sanft umgegangen wären.

Alltagsgeschichten

Das Ergebnis sind aufgezeichnete Berichte von Leuten, die damals Kinder waren: Alltagsgeschichten. Die Tochter einer damaligen Landarbeiterfamilie auf einem großen Gut nördlich von Eckernförde berichtet aus ihrer Zeit auf dem Hof. Über die Landarbeitergewerkschaft, das Kämpfen um mehr Lohn statt Deputat (Sachleistungen) und Bezahlung von Überstunden, über die Armut der Leute und deren kleine Freuden. Über ihren Vater, der von den Nazis abgestochen wurde.

Männer erzählten von gut organisierter Gewerkschaftsarbeit und ihrer familiären Gebundenheit an die Gewerkschaft. Von ihren Auseinandersetzungen mit den Nazis, den Provokationen, den Gewaltandrohungen, Schikanen und nach der Machtergreifung gezieltem „Abholen“ von Funktionären – Kasernierung, Zuchthaus, KZ.

Mutige und Neider

Berichte von Kindern: eine Tochter, die über Jahre miterlebte, wie ihr Vater durch medizinische Versuche letztlich umgebracht wird. Von einer Fischersfrau, deren Mann Flüchtlinge ins dänische Exil geschickt hat und Flugblätter wieder zurück. Wie das alles funktioniert hat! Von dem Polizisten, der ihnen im Vorbeifahren einen Tip für bevorstehende Hausdurchsuchungen gab. Und von den „lieben Nachbarn“, die was sahen, denun-



Cover der Hörbuch-CD

zierten, die neidisch waren, die petzten. Und damit bin ich wieder im Heute, weil das heute noch Alltag ist: die Missgunst, der Neid, das schlecht Reden über andere. Und wir müssen alle Tage auf's Neue etwas dagegensetzen und eine freundlichere Zukunft ins Auge fassen.

Dieses Hörbuch ist eine Art, dies zu tun, denn auch das Erinnern des Alten, Gewesenen gehört zum Aufbau des Neuen. Und weil es so am einfachsten ist, reden die Leute wie ihnen der Schnabel gewachsen ist: nämlich auf Platt. Das ist ihre Sprache. In ihr lassen sich so schwierige Sachverhalte und Gefühle ohne Schwulst und Wortballast auf den Punkt bringen. Das verspricht Knoten im Ohr – eben Schätze für's Ohr (keine Angst, ich hab es Thüringern, Schaben und Franken vorgespielt, und die haben es beim zweiten Mal auch ganz gut verstanden). Und es verspricht Nachdenken über eine Zeit, die schon sehr weit weg scheint und der wir doch immer wieder begegnen.

Jasmin Berger

„In dütt komodige Familienbad...1920 – 1945“, CD, 60 Min., ISBN 3-00-005218-6, zu beziehen mit Verrechnungsscheck über 30,- DM pro CD incl. Versand bei: Astrid Matthiae, Bernstorffstr. 160 k, 22767 Hamburg, ☎ Fax: 040-4394766

Arbeit und Arbeitsplätze in der Landwirtschaft

Eine nachhaltige Landwirtschaft ist nicht denkbar ohne die Verringerung der Arbeitsbelastung und eine Vermehrung der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft. Sonst laufen die Menschen der Landwirtschaft davon." Mit diesem Satz beginnt der erste Beitrag im neuen Heft der „arbeitsergebnisse“ aus Kassel. Götz Schmidt geht darin auf die Debatte um das angebliche „Ende der Arbeit“ ein und stellt fest, dass Landwirtschaft in dieser stark ideologisch geführten Debatte kaum auftaucht. Wenn doch, dann als von vorgestern, als Relikt des längst überwunden geglaubten vorindustriellen Stadiums der Agrargesellschaft voriger Jahrhunderte. Schmidt wirft den Protagonisten dieser Sichtweise vor, nicht genau hinzugucken. Die Landwirtschaft unterscheidet sich elementar von der Industrie, und zwar dadurch, dass sie nicht nur produziere, sondern gleichzeitig auch reproduktiv, d.h. pfleglich erhaltend, kontinuierlich erneuernd tätig sei. Erst durch diese reproduktiven Arbeiten werde die Natur für den Menschen nachhaltig nutzbar gemacht. Eine solche Landwirtschaft sei Teil der Moderne. Schmidt: „Die Notwendigkeit der reproduktiven Arbeit ist die Schranke für die Industrialisierung der landwirtschaftlichen Arbeit.“

arbeits ergebnisse



Die Frage ist also, wie die reproduktiven Arbeiten der Bauern und Bäuerinnen wiederbezahlt werden könnten, um letztlich das Zuviel an Arbeit auf den Höfen auf mehr Köpfe zu verteilen. Erich von Hofe lenkt in seinem Beitrag den Blick zunächst auf die politische Bühne, auf das Bündnis für Arbeit der Bundesregierung und das kleine Pendant bei Minister Funke. Von Hofes Einschätzung ist, dass von diesen Gremien für die Landwirtschaft nichts zu erwarten ist außer weiterer Strukturwandel. Weit mehr Potenzial sieht er bei den Arbeitsämtern. Über deren Fördermöglichkeiten berichtet Dr. Karin Müller von der Bundesanstalt für Arbeit. Interessant scheint dabei vor allem die „Freie Förderung“, über die die örtlichen Arbeitsämter relativ frei verfügen können.

Konkrete Initiativen haben in dem Heft ebenfalls ihren Platz. Dabei werden alle diese Initiativen in irgendeiner Weise von staatlicher Seite gefördert. Doch das Geld alleine bewegt noch nichts. Es braucht auch immer Menschen, die etwas auf die Beine stellen wollen, und „ein gesellschaftliches Umfeld, das sie ermutigt, unterstützt“ (Schmidt). uj

AG Ländliche Entwicklung: Bündnis für Arbeit auf dem Lande. arbeitsergebnisse Nr. 46, 40 S., 12,00 DM, zu beziehen mit dem Coupon.

Bestellcoupon nach getaner Arbeit

Ich bestelle:

- Expl. Der kritische Agrarbericht 2000 für 38 DM DM
 Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht '93 bis '99 zum Sonderpreis im Paket: DM
 (2 Ausgaben 60 DM; 3 Ausgaben 80 DM; 4 Ausgaben 100 DM; 5 Ausgaben 110 DM; 6 Ausgaben 120 DM; 7 Ausgaben 130DM; 8 Ausgaben 140 DM)
 Expl. Hof Thomsteeg, 28 DM DM
 Expl. Die andere Eroberung, 26 DM DM
 außerdem:

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. BLZ Bank

Name Adresse

Datum Unterschrift

Bestellung an: Abl. Bauernblatt Verlag GmbH, Manienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

LESE-BUCH

TIP

Der kritische Agrarbericht 2000

Daten, Berichte, Hintergründe, Positionen zur Agrardebatte

Schwerpunkt 2000:

WTO - Weltagrарhandel

Das besondere Jahrbuch an der Schnittstelle von Landwirtschaft, Agrarpolitik, Naturschutz, Tierschutz, Ernährung, Internationaler Solidarität, Gentechnik ... berichtet seit der ersten Ausgabe im Jahr 1993 über internationale Agrarhandelspolitik. Aus Anlass der neuen Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation WTO und wegen der weitreichenden Bedeutung dieser WTO-Runde gibt es diesmal einen entsprechenden Schwerpunkt. Die einzelnen Beiträge sind:

- WTO - Die Globalisierungsmaschine - eine Einführung. von Peter Kuchenbuch (Mitarbeiter bei Greenpeace)
- WTO: Strategie gefragt. von Wolfgang Reimer (Stellvertretender ABL-Vorsitzender)
- Thesen zu den WTO-Verhandlungen aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
- Seattle und die Nichtregierungsorganisationen. von Dr. Rudolf Buntzel-Cano (Evangelisches Bauernwerk Württemberg e.V.)
- WTO und GATT im Kritischen Agrarbericht. Übersicht der bisher erschienenen Beiträge von 1993 - 1999
- Das Glossar zum Weltagrарhandel.



Daneben gibt es auch in diesem Jahr wieder die Themen-Rubriken:

Essays (Bauern und Bäuerinnen blicken in die Vergangenheit und Zukunft der Landwirtschaft), Agrarpolitik, Internationale Beziehungen, Produktion und Markt, Regionalentwicklung, Agrarkultur, Tierschutz/Tierhaltung, Soziale Lage, Landwirtschaft und Ökologie, Gentechnik, Ökologischer Landbau, Verbraucher, Wald.

Der kritische Agrarbericht 2000. 336 S., ISBN 3-930 413-18-3.

Herausgegeben vom AgrarBündnis, erschienen und zu beziehen im ABL Bauernblatt Verlag (siehe Coupon).

Die andere Eroberung

US-amerikanische und europäische Agrarexportpolitiken und ihre Folgen für den Hunger im Süden der Welt.



Eine erschreckende Bilanz: Mit der Subventionierung ihrer Agrarexporte schädigen die EU und die USA dauerhaft die Ernährungssicherheit von Millionen Menschen und ganzen Ländern und förderten den Hunger in der Welt. Wie funktionieren und wirken die Agrarexportpolitiken und die zwei Agrargiganten? Wie die internationale Agrarhandelsordnung und die internationale Ordnung für Nahrungsmittelhilfe?

Wolpold-Bosien vermittelt Grundlageninformationen und wesentliche Argumente für die Agrarverhandlungen in der 1999 beginnenden WTO-Runde: Das Menschenrecht auf Nahrung und Ernährungssicherheit darf nicht dem Freihandelsdogma geopfert werden!

1999, 3-930 413-16-7, 26,00 DM. ABL Bauernblatt Verlag.

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,-. Alle Preise inkl. MwSt. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

(Klein) ANZEIGEN**Hof und Arbeit**

● **Aktiver Senior** sucht ab 1.4.2000 ganzjährig Tätigkeit auf größerem Wirtschaftshof. Viehseitige handwerkliche Fähigkeiten und Kenntnisse und Einsatzbereitschaft vorhanden. Raum Mecklenburg-Vorpommern, Nord-Vorpommern, bevorzugt. Angebote unter ☎ 05821-43293

● **AgraringenieurIn** (28) mit Berufserf. in Acker- u. Gemüsebau, Tierh., Direktverm., Iw. Büroarbeit (Word, Excel, GIS, Iw. Planungs- u. Verwaltungsprogramme), FS Kl. T, Ausbilderernennung, sucht bevorzugt ökol. Betrieb, um Verantwortung für einen Betriebszweig zu übernehmen, spätere Tätigkeit als Verwalterin, evtl. Pacht, denkbar in Südnied., Nordhess., Ostwestf., NWThür. Chiffre 2/00-1

● **Engagiertes Ehepaar** (30/36) mit praktischer Erfahrung und Ausbildung im ökologischen Land- und Gartenbau sucht Hof/Arbeit: Pacht, Rentenbasis.

Teilkaufl., Verwaltertätigkeit. Chiffre 2/00-2

● **MitälplerInnen** gesucht auf schöne Bündner Kuhalp mit 70 Kühen und Käsen (Jun.-Sept.). Wir (31, 29, 4 J., 7 Mon.) suchen nach 1-2 Personen mit viel Kuhfahrfahrung und Lust auf Käse, Haushalt, Kinder. ☎ 07565-943182

Kontakte

● **Suchen liebe Abl'erin**, die gerne in die bäuerliche Landwirtschaft einsteigen und auf einen schönen Hof (Ackerbau und Milchvieh) in Süddeutschland ziehen möchte; gerne auch Mutter und Tochter (ca. 60/30) – das wäre unser Wunschtraum! Chiffre 2/00-3

Tiermarkt

● **Verkaufe laufend beste Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen. ☎ 07551/63609

Veranstaltungskalender**Abl Eifel**

9. Febr. 2000, Hotel Flein, Altrung
Öffentliche Jahreshauptversammlung des Abl-Regionalverbandes Eifel
Kontakt: Heribert Hoffmann, Lindenstr. 5a, 54597 Auv-Elberath, ☎ 06551-2636, Fax: -985783

Abl Schleswig-Holstein

25. Febr. 2000, Umweltakademie Neumünster
Tagung: „Auswirkungen der Agenda 2000 – Landwirtschaft und Naturschutz gemeinsame Gewinner?“ Naturschutz und Landwirtschaft müssen sich nicht ausschließen. Es gibt viele Gemeinsamkeiten, die allerdings häufig nicht erkannt werden. Noch seltener führen sie zu gemeinsamen Umsetzungen. Dass dies nicht so sein muss, will die Tagung anhand verschiedener Beispiele zeigen. Referenten: Julia Jacobsen (Landesamt f. Natur und Umwelt S-H), Prof. Niekisch (Univ. Greifswald), Dr. Anke Schekahn (Univ. G.H. Kassel)
Info: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebeck, ☎ 04624-800312, Fax: 04624-800312

Lesung Thomstek

11. Febr. 2000, Gasthaus Müller in Borg
Lesung mit dem Autor Gerhard Schepper.
Info: Wolfgang Eisenberg, Bösen 20, 29459 Clesze, ☎ 05844-684

Lokale Agenda 21 im ländlichen Raum

15. Febr. 2000, 9-45 – 16.30 Uhr, Bonn
Während in vielen Städten die lokale Agenda 21 durch Umwelt- und Einzel-Initiativen angestoßen wurde, stellt sich in kleinen Orten häufig die Frage: Wie und mit wem?
Info: CAF/Agenda-Transfer, Budapest Str. 11, 53111 Bonn

Tiere nach Maß?

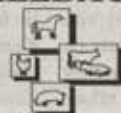
18. – 20. Febr. 2000, Haus Rensberg, Hüllhorst, Ahlen
Perspektiven und Grenzen der Bio- und Gentechnologie bei Tieren.
Referat ländlicher Raum, Quellenhofweg 129, 33617 Bielefeld, ☎ 0521-140342

TIERGERECHTER STALLBAU

Beratung, Planung und Betreuung durch
Unabhängiges Beratungsbüro

Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch

Telefon 0551 - 22731



Abl Landesverband NRW und Evangelische Jugend auf dem Lande laden ein zur Informationsveranstaltung zum Thema:

(Un)Rechtmäßigkeit der Nachbaugebühren

Freitag, 18. Februar 2000, 13.30 – 16.00 Uhr
Hiddenhausen bei Herford, Gaststätte „Schweichelner Krug“

14.00 Uhr: **Stellungnahmen:**
Georg Janßen, Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugebühnengesetz
Dr. Matthias Miersch, Hannover, Rechtsanwalt der IG
Herr Kemper, Westf.-Lippischer Landwirtschaftsverband, Kreisverband Lippe

15.00 Uhr: **Podiumsdiskussion**
Info: Abl NRW, Frau Eggersgluß, ☎ 05242-48476

Tiere bauen keine Atomwaffen!

Ohne aktiven Tier- und Umweltschutz haben wir keine Zukunft. Darum haben wir rechtzeitig gehandelt:

Wir bieten Ihnen attraktive Investmentfonds nach klaren ethischen und ökologischen Regeln – als private Rentenversicherung, Sparplan oder Einmalanlage. Das ist auch unter steuerlichen Gesichtspunkten sehr interessant für Sie.

Für Ihre vierbeinigen Freunde vermitteln wir Ihnen Tierversicherungen aller Art, u.a. das komplette Programm der Uelzener.

Fordern Sie einfach unverbindlich Angebote an!

Nutzen Sie den direkten Draht: ☎ 0172-5152338, oder schreiben Sie uns: MABO & CvC Versicherungsmakler GmbH, BD Hannover.

Klaus-Peter Fuhrmann, Ackerstr. 2, 30851 Langenhagen, ☎ 0511-742838, Fax: 0511-742869

proVENTO GRUPPE

Sichern Sie sich durch Windkraftanlagen Ihr zweites Einkommen

Unsere Tätigkeitsfelder:

**Windenergie und Biomasse
Planung, Projektierung, Finanzierung**

Auswahl realisierter Projekte:

**Windpark Laubach, 5 WKA;
Windpark Völpke, 12 WKA;
größter Windpark Brandenburgs,
30 WKA;**

Werden Sie unser Partner!

Wir bieten Ihnen für geeignete Flächen zur Nutzung von Windenergie:

- ✓ **Langfristige Pachtverhältnisse (ca. 25 Jahre), wobei das Land weiter bewirtschaftet werden kann, oder**
- ✓ **Kauf der Fläche und**
- ✓ **Pachtmöglichkeit für Sie.**
- ✓ **Finanzieller Nutzen für Kommunen**

Wir informieren Sie gerne!**proVENTO GRUPPE**

56759 KAISERSESCH, KOBLENZER S. 13

TEL.: 02653 / 590 850

FAX: 02653 / 590 858

Neue EU-Regionenförderung

22. Febr. 2000, 20.00 Uhr, Haus Nordhelle, Alzenhausen/Valbert
Mit der Agenda 2000 wurden auch die Förderprogramme der EU für die ländlichen Regionen neu gestaltet.
Referat ländlicher Raum, Quellenhofweg 129, 33617 Bielefeld, ☎ 0521-140342

Regionale Märkte

23. – 25. Febr. 2000, Iserlohn
Regionale Märkte fördern und entwickeln – Perspektiven in NRW.
Evang. Akademie Iserlohn, ☎ 02371-352-144, Fax: -130

Käsekurse

Seminarangebot im Frühjahr 2000
Betriebswirtschaft & Rechtskunde: 13. – 17. März, Tagungshaus Niederkauflungen, 34260 Kaufungen. Einführung in die hofeigene Milchverarbeitung: 21. – 24. März, Hofkäserei Alterschließ, 36358 Herbstern. Handwerkliche Schnittkäseherstellung: 28. – 31. März, Hofkäserei Dottenfelderhof, 61118 Bad Vilbel. Handwerkliche Hartkäseherstellung: 11. – 14. April, Hofkäserei Boschenhof, 88299 Friesenhofen/Allgäu.
Verband für handwerkliche Milchverarbeitung im ökologischen Landbau e.V., ☎ 08166-684218, Fax: -6274

Handwerk & Agenda 21

16. März 2000, Iserlohn
Iserlohner Wirtschaftsrunde zum Thema: Beitrag des Handwerks zur nachhaltigen Entwicklung und Agenda 21
Evang. Akademie Iserlohn, ☎ 02371-352-144, Fax: -130

Akzeptanz für FFH

18. März 2000, Düsseldorf
Die Anmeldung von FFH-Gebieten hat (nicht nur) in Nordrhein-Westfalen landesweit den Widerstand insbesondere von Land- und Forstwirtschaft und Kommunen geweckt. Der Einwerbung von Akzeptanz bei den Betroffenen kommt daher für den Naturschutz eine wichtige Rolle zu. Im Seminar soll versucht werden, Akzeptanzstrategien erarbeiten.
NABU NRW, Am Lippegelais 10, 46483 Wesel, ☎ 0281-338350

BIO FACH

17. – 20. Febr. 2000, Messe Nürnberg
Leitmesse für ökologische Konsumgüter mit über 1.300 Ausstellern aus über 50 Ländern.
Info: Ökowell GmbH, ☎ 09171-9610-0, Fax: -4016, www.biofach.de

Strom aus Biogas

11. Febr. 2000, 16.00 Uhr, Landtag Hannover
Öffentliche Veranstaltung der Landesparlamentarier des Landwirtschaftsministeriums
90/Die Grünen Niedersachsen. Fragestellung: Ist es möglich, durch das neue Stromsteuergesetz, durch das 200-Mio.-Förderprogramm der Bundesregierung und durch neue technische Verfahren für die Landwirtschaft ein zusätzliches zukunftssicheres Einkommen zu erzielen?
Referenten: Hr. Brüggemann (LWK Hannover), Hr. Nacke (Archea GmbH, Anlagenhersteller)
Info: Hans-Jürgen Klein, Mdl., ☎ 0511-30303307

Milchtagung 2000

13. März 2000, 9.30 – 16.30 Uhr
Kath. LVHS Hardehausen, Warburg-Hardehausen

Die ABL, die KLJB und die AG Ländliche Entwicklung der Universität Gesamthochschule Kassel laden ein. Der Teilnehmerbeitrag (einschl. Mittagessen und Kaffee) wird voraussichtlich DM 40,00 betragen.

Folgende Fachbeiträge sind vorgesehen:

- **Jeff Rohen (angefragt): Einfachste Betriebsorganisation, hohe Lebensleistung, gute Wirtschaftlichkeit. Ein Beispiel aus der Praxis.**
- **Dorothee Biermann (Abl): Staffelpreis bei Tuffi – Ende der bäuerlichen Solidarität**
- **Bernd Voss (Abl): Was wird die Quotenbörse bringen?**
- **Heinz-Harald Eifenkämper: Der Harnfelder Hof und die Bio-Erzeugergemeinschaft „Wir Nordlichter“. Ein neues Beispiel für eine eigenständige Milchvermarktung.**
- **Dr. Thomas Grupp: „Die Milcherzeuger wollen andere Kühe. Hohe Milchleistung ist nicht alles“.**

Informationen: AG Ländliche Entwicklung, Prof. Poppinga, Gottschalkstr. 28, 34109 Kassel, ☎ 0561-804-3181, Fax: 0561-804-3180



AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Fleit 5, 24848 Alt Bernebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04835/2141, Fax: /2114
Pfön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 29587 Luttmissen Nr. 2, ☎ + Fax 05822/2368
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/669; Ulrike Heiberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollmann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ + Fax 0551/7703743

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorf, ☎ 02307/62281, Wilhelm Eckel, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995;
Ute Rönnebeck, Lichtensauer Weg 34, 35396 Gießen, ☎ 0641/559003
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Orno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Heribert Hoffmann, Lindenstr. 5a, 54597 Ellwerrath, ☎ 06551/2636, Fax: - 985783
Regionalverband Hunsrück-Naher: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkosterz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8926, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Ubele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8926
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07806/1311, Fax: 07806/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmei, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipehmer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Bayerisches Oberland: Hans Fischelrieder ☎ 08178/5478;
Franz-Josef Grenzobach, ☎ 08609/603
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Bogen (Bayerischer Wald): Hermann Ettl, ☎ 09963/1590; Martin Wiethaler, ☎ 09967/9697
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Ich werde Mitglied in der



Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der ABL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> DM 200,- <input type="checkbox"/> DM 250,- oder DM _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,-. | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle meinen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von DM 200,-. | <input type="checkbox"/> Ich bestreite als nicht landwirtschaftliche Unterstützerin einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,-. |

Mitgliedsadresse:

Name Vorname
Straße PLZ, Ort

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erziele Ihnen eine Einzugsmächtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu erreichenden Beitrag bei fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die ABL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.
Widerrufrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der ABL widerrufen werden.

Unterschrift Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

ABL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838, Homepage: <http://www.bauernstimme.de> • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück; BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Claudia Schievelbein; Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** DM 60,- jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adreßänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12658 E.

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reipensberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

AgrarBündnis e.V.: Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche-Epe

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@agoronet.be

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Däike Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren, Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmei 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

Mehr kleine Freuden eines Bauern

eine Forke
die gut in der Hand liegt
und fast von alleine arbeitet

ein Freund
dem ich und der mir
helfen kann
in jedweder Hinsicht

ein Morgen
der so frisch ist
dass er einen mitreißt
auch wenn die Lider schwer sind

ein Regen
der die Luft abkühlt
wenn es so heiß war
dass einem der Schweiß rinnt
beim Nichtstun

ein Milchkunde
der Lust und Zeit
zum Quatschen hat
zwischen Tür und Angel

ein Viehhändler
der fair und ehrlich ist

ein Kind
das Fragen stellt
die Welt begreifen will



Foto: W. Plate

ein Arbeitstag beim Nachbarn
wenn ich ihm helfen kann
und weiß, er wird
für mich das Gleiche tun

ein Altbauer
der nach dem Drillen
am Feldrand steht
den Hut abnimmt
und ein Gebet murmelt

eine Zärtlichkeit
einfach so
mitten am Tag
dass man in die Betten hüpfen möchte

ein Leben halt
eines von sechs Milliarden
aber das einzige
das mir gehört

wie reich ich bin
mag die Börse eines anderen
auch viel dicker sein

*Matthias Stührwoldt, in der Bauernstimme Januar
1999 beschrieb er „Kleine Freuden eines Bauern“*

UNABHÄNGIGE Bauernstimme mit Freuden

2/2000

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 70,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 120,- DM im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 35,- bzw. DM 70,- für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Aboszeitraums gekündigt wird.
Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnentin / des Abonnenten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33376 Rheda-Wiedenbrück,
Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242-47838